

Einzel... 12...
reabflom: 3. 35. 31469.
Nachredaktion: 20797.

Sozialdemokrat

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährl. 192.—

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erzählt mit Ausnahme des Montag täglich rub

7. Jahrgang.

Donnerstag, 24. November 1927.

Nr. 275.

Korruption.

Als der Abgeordnete Remes im Budgetausschuss die Enthüllungen über den Abgeordneten Dubický vortrug, bemächtigte sich der Kollegen des Bestechung beschuldigten agrarischen Politikers eine auffallende Nervosität. So betroffen und bestürzt hat man die Herren von Kr und Halm, aber auch anderer Mitglieder der Mehrheitsparteien noch nicht gesehen, als an jenem Tage. War es Mitgefühl mit dem Betroffenen, war es Entrüstung darüber, daß einer von ihnen, den sie als Muster der Biederkeit und Ehrlichkeit angesehen hatten, sich als korrupt erwiesen hatte? Mit nichten! Das hieße die Abgebrühtheit der agrarischen und sonstigen bürgerlichen Herrschaften recht niedrig einschätzen, wenn man glauben wollte, sie würden die Fassung verlieren, wenn es sich um einen Einzelnen handelt! Die Aufregung hatte schon tiefere Ursachen. Remes' Geißel traf ins Schwarze. Hier war ein Zipselchen des Schleiers gelüftet worden, der auf der Geschichte der Bodenreform liegt, ein Zipselchen, das einen klein winzigen Einblick in die Korruption, in all das stinkende Geisehen eröffnet, das mit dem Bodenamt zusammenhängt. Wehe, wenn dieser Schleier fallen würde! Da wäre die Zahl der Bloßgestellten, der Kompromittierten Legion! Da würde der Fall Dubický, so abscheulich und widerwärtig seine Umstände waren, geradezu harmlos dagegen aussehen. Der Formen der Korruption sind gar mannigfaltig. Man braucht nicht erst Bestechungsgelder für glückliche durchgeführte Interventionen beim Bodenamt anzunehmen, um den Namen eines Korruptionisten zu verdienen. Ist es nicht auch Korruption und keine weniger arztüchtige, wenn man seinen von den Wählern empfangenen politischen Einfluß dazu benützt, um sich selber oder seinen Angehörigen einen materiellen Vorteil zu sichern? Gerade zur rechten Zeit kommt daher die Nachricht, der tschechisch-sozialdemokratische Vorsitzende-Stellvertreter des Bodenamtes, Genosse Kojel, habe das Verlangen nach Zusammenstellung eines Verzeichnisses jener Abgeordneten und Senatoren gestellt, die unter eigenem oder fremdem Namen, und zu welchem Preise Restgüter zugeteilt erhielten. Weist das nicht auf eine noch weit ungeheuerliche Korruption hin, als sie die eine Affäre Dubický birgt? Man wird es natürlich nie erleben, daß sich das Bodenamt oder die Regierung zur Veröffentlichung eines solchen Verzeichnisses entschließt, aber auch so kann man sich vorstellen, daß es sich um eine wahre Massenverschönerung mißbräuchlicher Ausnutzung eines politischen Mandates zur persönlichen Bereicherung handelt.

Nach den zahlreichen Bankensandalen, den Spiritus- und Benzinalsäuren, dem Ler-Roburg-Skandal und vielen anderen in bunter Folge nun auch die, wenn auch nur in kleinem Ausmaß enthüllte Bodenreform-Korruption! In all dieser Fäulnis kommt die Moral der aus dem Kriege und der ihm folgenden wirtschaftlichen Umwälzung hervorgegangenen neuen Besitzklassen zum Ausdruck. Und von diesen Klassen werden wir heute regiert! Das gibt den Ton im öffentlichen Leben an, das spricht und deklamiert von Patriotismus, Bürger-tugenden und wahren Nationalgefühl! Dieses neue Bürgertum anerkennt nur einen Gott, das ist Mammon, und nur ein Ideal: so rasch als nur möglich, und sei es auch mit den schmutzigsten Mitteln, zu Reichtum zu gelangen. Die Kehreite dieser ungezügelter Gier ist roher, brutaler Haß gegen alles, was sich ihr hindernd in den Weg stellt. Die sozialistische Bewegung ebenso wie die Arbeiterklasse überhaupt. Die Arbeiter wollen menschlich leben und in ihrem Alter vor dem Verhungern geschützt sein. Das droht, den Profit zu schmälern, zum Teufel daher mit der Sozialversicherung! Ist es nicht symbolisch, daß gerade der Abgeordnete Dubický als Referent über die Abänderung der Sozialversicherungsvorlage ausersuchen war? Und gerade die tschechisch-agrarischen Abgeordneten und Senatoren, von denen so mancher das ihm übertragene Mandat dazu benützt hat, um sich fette Vorteile zuzuschaukeln, sind die

Ein Führer des Aktivismus.

Zu den „Verleumdungen“ gegen Wolfgang Zierhut. — Aus den beeideten Zeugenaussagen im Prozeß Zierhut kontra Wajtk und Krisk.

In einer giftigen Notiz der landbändlerischen und neuaufwärtigen Presse („Reichenberger Zeitung“ u. a.) wurde unlängst bekanntgegeben, daß der Landbündlerführer und Vizepräsident Wolfgang Zierhut, sowie sein Schwiegervater Landesgerichtsrat Stüber wegen Veröffentlichung zweier Gerichtsurteile und eines Gerichtsaktes reichs sehr peinlichen Inhalts klagten wollten. Zeither haben die genannten Persönlichkeiten in der Sache noch nichts verlaßen lassen und man weiß auch nicht, ob sie tatsächlich einen Prozeß anstrengen wollen, oder ob die Ankündigung nur ein Bluff war. Sei dem wie immer, wir sind nicht gesonnen, ein so ernstes und seriöses Beweismaterial, nämlich den Wortlaut zweier Gerichtsurteile als „Klatscherei“ und „Verleumdung“ hinstellen zu lassen, wie es in der erwähnten Pressenotiz geschah. Auch können wir keine Verdunkelung des wahren Sachverhaltes dulden und keine Verdrehung der Wahrheit, die da mit der Behauptung versucht wird, es sei in dem so kläglichen Prozeß Zierhut—Wajtk, Krisk, weder ein Wahrheitsbeweis noch ein Wahrheitsbeweis erbracht worden.

Nichtig ist, daß das Erstgericht in Mies als auch das Berufungsgericht in Pilsen die Erbringung eines direkten Wahrheitsbeweises durch die Angeklagten Wajtk und Krisk nicht als geboten erachtete und es bei dem Nachweis bewenden ließ, daß die von den an die Kreisleitung Mies des B. d. L. weitergeleiteten schweren moralischen Bedenken gegen den Parlamentskandidaten Zierhut tatsächlich von der Bevölkerung des neuern Bezirkes geteilt wurden. In dem durchgeführten Gerichtsverfahren sind nun so viele direkte Beweismomente zusammengetragen worden, so daß der Richter — ohne den einmal eingenommenen prozeduralen Standpunkt zu verlassen — in seiner Urteilsbegründung in bezug auf beide Streitpunkte (Warentransport von Leitmeritz und Hofkaufgeschäfte) von einem gelungenen Wahrheitsbeweis sprechen konnte. Ohne den Nachweis der tatsächlichen Verletzung der an das landbändlerische Kreissekretariat in Mies weitergegebenen Mitteilungen wäre auch der glänzende Freispruch der beiden Angeklagten nicht denkbar gewesen.

Für diesmal wollen wir die Ausflucht abtun, daß damals nur „falsche Gerüchte“ und „Weibergeräusch“ eine Rolle gespielt haben. Wir folgen hiermit dem Protokoll der

Öffentlichen Hauptverhandlung

in Mies am 16. Juni 1920.
Aus dem Zeugenverhör.

Außer den Aussagen der Hauptzeugin Anna Züber, und der Zeugin Marie Mader

eifrigsten Befürworter der Zerstörung der Sozialversicherung.

und Auguste Pauschener ist vor allem die Befundung des nachstehend zitierten Zeugen bemerkenswert.

„Junge Rudolf Pauscher, 40 Jahre alt, Zichlau geb., kath. verh., Förster in Neuern, ob. B. gibt nach Belehrung beides an:

Ich kam einmal, es dürfte im Jahre 1918 oder 1917 gewesen sein, mit Frau Mader anlässlich einer Bahnfahrt von Eisenstein nach Neuern zusammen. Es kam das Gespräch auf die Familienverhältnisse des H. Zierhut und da erzählte mir Frau Mader, daß Zierhut nun in sehr guten Verhältnissen lebe, und Asten voll Wein, Teppiche, Reis, Zucker, Leder nach Hause schickte. Sie hat mir nicht gesagt, wo diese Sachen aufbewahrt werden, sie sagte nur, daß diese Sachen von Zierhut, der in Leitmeritz militärische Dienste leistet, nach Neuern geschickt werden. Aus eigener Wahrnehmung weiß ich, daß einmal — es dürfte im Frühjahr 1917 oder 1918 gewesen sein — der Burische des H. Zierhut ungefähr um halb 10 Uhr nachts in das Haus des H. L. G. Mat. Paul Züber — in diesem Hause wohnte auch ich — gekommen sei und schwer beladen mit einem Koffer und Paketen in den Händen in die Wohnung des H. L. G. M. Züber ging.

Die Haustüre öffnete ich in Anwesenheit meiner Frau; als ich nach dem Diener die Haustüre wieder sperren wollte, sagte mir dieser, ich möge offen lassen, da er noch einmal mit einer Ladung kommen müsse. Daß es der Burische des H. Zierhut war, weiß ich deshalb, weil ich mir der Burische selbst als Diener des H. Oberleutnants vorstellte.“

Der sogenannte „Weiberklatz“ ist also mit ganz konkreten Angaben männlicherseits bestätigt worden.

Was sagte der Offiziersdiener Frank?

Einer der wichtigsten Zeugen im ganzen Verfahren war der frühere Offiziersdiener Zierhuts, Frank, der bereits als der Ueberbringer der „Liebesgaben“ aus Leitmeritz genannt wurde. Frank mußte als Mitbeteiligter umso mehr zur Rückhaltung üben, als er selbst Strafverfolgung oder zumindest Unannehmlichkeiten zu befürchten hatte. Er war an einer Belastung Zierhuts garnicht interessiert. Um so bemerkenswerter sind daher seine Angaben, die er bei der Einnahme vor dem Bezirksgericht Eger unter Eid gemacht hat. Verständlicherweise bestritt Frank die ihm zugeschriebenen Äußerungen, wonach sich Zierhut widerrechtlich militärisches Gut angeeignet haben sollte und stellte auch in Abrede, von Pilsen oder vom Felde Sachen nach Neuern geschickt zu haben. Doch nun kommt der wesentlichste Teil seiner beeideten Aussage:

„Lediglich von Leitmeritz aus bin ich öfters über seinen Auftrag nach Neuern geschickten, wo ich teils bei seinem Schwieger-

vater dem L. G. M. Züber, teils bei seiner Schwägerin Anna Züber die Sachen überbrachte. Ich fuhr jedesmal mit Marschroute oder Urfaulschlein, so oft mich der Pr. Ankl. auf diese Weise nach Hause schickte. Der Pr. Ankl. selbst verschaffte mir jedesmal die Marschroute bzw. den Urfaulschlein. Wie oft ich auf diese Weise nach Neuern gefahren bin vermag ich heute nicht mehr anzugeben. Meist waren es Lebensmittel, mitunter auch andere Sachen, die ich nach Neuern schickte. Ich trug diese Sachen teils in Kisten, teils in Koffern, teils im Kufasack als Reisgepäck bei mir.

Auf diese Weise schickte ich Mehl, Reis, Gries, Graupen, Zucker, Leder, Schuhe, Wein, Tabak, Linoleum, Petroleum nach Neuern.

Die meisten dieser Sachen holte ich in der Kantine der Proviantur ab, wo ich sie von dem damaligen Manonier des Feld. Art. Reg. 43. namens Franz übernahm, der, wie er mir sagte, selbständiger Kaufmann in Wien ist.

Den Reis, Gries und Graupen habe ich selbst über Auftrag des Pr. Ankl. für dessen Geld in der Mühle in Degaritz jedesmal eingelauft.

Einmal habe ich 50 Kilogramm Zucker vom Feldhauptmann-Reg. 26 in Gegenwart des Pr. Ankl. übernommen gegen Tausch von Eiern, die ich von Neuern mitbrachte. Hier hatte mir sie die Kapellmeistergattin Züber gegeben. Woher diese sie hatte und mit welchen Mitteln und auf wessen Rechnung die gekauft worden waren, weiß ich nicht.

Das Mehl holte ich immer in der oben genannten Proviantur, wo ich es in Säcken übernahm.

Woher dieses Mehl war, sagte mir Franz nicht und habe auch sonst nichts in Erfahrung gebracht. Ich selbst habe es lediglich immer über Auftrag des Pr. Ankl. dort abgeholt und weiß nicht, welches Verwandnis es mit dem Mehle hatte.

Das Leder, das ich nach Neuern schickte, war ausschließlich bereits in Stücke geschnittenes Sohlenleder, das der Pr. Ankläger, wie er mir sagte, gekauft habe.

Die Schuhe, es dürften im ganzen 3 bis 4 Paare gewesen sein, waren Schuhe für die Kinder des Pr. Ankl. Ich habe diese Schuhe immer bei dem Batterieführer für die Offiziere geholt, bei welchem sie der Pr. Ankläger hatte anfertigen lassen, wie er mir sagte. Woher er das Material hatte, weiß ich nicht.

Der Wein war Mostweine, den der Pr. Ankl. sich in zwei Kisten mittels Batteriegepannes in seine Wohnung schaffen ließ, von wo ich den Wein nach und nach, nach Neuern schickte.

Den Tabak habe ich auch immer von Franz bekommen. Einmal war es ein ganzer Bund mit 50 Stück Paketen, das Linoleum habe ich in einem Geschäft in Leitmeritz abgeholt, wo es der Pr. Ankl. gekauft hatte.“

Somit Frank, der als Zeuge für Zierhut die Mitteilungen der Hauptzeugin und die gleichlautenden Zeugenaussagen des Ehepaars Pauscher im wesentlichen bestätigte. Der frühere Offiziersdiener Zierhuts hat dann in der vorerwähnten öffentlichen Hauptverhandlung am 10. November 1920, wo sein Zeugenprotokoll zur Sprache kam, in einigen Details seine Erstaussage abgeschwächt (so konnte er sich an den Bund Tabak nicht mehr erinnern und im Kufasack wollte er stets seine eigenen Sachen verpackt haben, als er von Leitmeritz nach Neuern fuhr usw.), doch entscheidend ist — und das hat Frank gewollt oder ungewollt bestätigt —

daß den über Wolfgang Zierhut fortgeführten ehrenrührigen Verichten ein ganz konkreter Tatbestand zugrunde lag,

ein Tatbestand, der in den Gerichtsverfahren keineswegs zugunsten Zierhuts aufgeklärt wurde. In diesem Zusammenhange muß die nachfolgende Stelle aus der Urteilsbegründung des Bezirksgerichtes Mies verstanden werden, wo als richterliche Auffassung verstanden werden ist:

„Die Aussage des Zeugen Alois Frank, der allerdings bestritt, solche Äußerungen, wie sie Anna Züber und Anna Mader als Zeugen bestätigt haben, getan zu haben, ist für die Beurteilung dieser Strafsache (gegen Wajtk und Krisk, die Red.) belanglos, weil dieser Zeuge nur bestätigt, Sachen im Auftrage seines Dienstgebers, des Privatanklägers, nach Hause geschickt zu haben, weil Privatankläger Wolfgang Zierhut auch kein Angeklagter ist und sich somit nicht zu rechtfertigen braucht, woher die einzelnen Sachen waren.“

Dies zur Ergänzung der bisherigen Veröffentlichungen. Wir sehen nun gerne dem Nachweis des Herrn Zierhut entgegen, daß die Fassungen und Transporte seines Dieners Frank, das Mehl, das in der Proviantur geholt wurde, die

Zuckerlisten vom Feldbau-Regiment, die Schuhe vom Batterie- bzw. Offizierschüler, der Tabak vom Franz und die Weinsten, die mit dem Batteriegeschütz abgeholt wurden — daß dies alles zu den normalen Provisionen eines kleinen Reserveoffiziers gehörte und

Daß es höchste Pflichterfüllung für das Vaterland war, in der Zeit, wo die armen Teufel im Felde verbluteten und im Hinterlande verhungerten, einen Pendelverkehr zwischen dem Dienstort und dem Wohnort mit Koffern, Kisten und Kuffen, mit Tabak, Petroleum, Lebensmittel und Zehnkilber und noch dazu auf arabischen Kisten einzurichten.

Die Bevölkerung möge dann beurteilen, ob auf diese Weise die Qualifikation zu höchsten parlamentarischen Würden und zum Richteramt über die Sozialdemokratie erworben werden kann.

Inland.

Der Krach im Bund der Landwirte.

Grasliher Vertrauenskrise für Abg. Mayer. Mayer gibt ein Wochenblatt gegen die Parteileitung heraus.

In Grasliß hat am Sonntag eine Sitzung der Bezirksparteileitung des Bundes der Landwirte stattgefunden, in der der Abg. Mayer neuerlich seine Politik begründete, die seinen Ausschluß aus der Partei zur Folge hätte, und in der ihm einstimmig das Vertrauen ausgesprochen wurde. In seinem Referat sagte er unter anderem:

Was was die Regierungsparteien von Erfolgen berichten, ist unklar. Selbst die Wiedereröffnung einer Reihe gesperrter Schulklassen sei selbst nach einem Ansprache des Präsidenten des Landeskollegiums Boliper nichts anderes als eine Selbstverherrlichung, hervorgerufen durch die steigende Schülerzahl, niemals aber eine Errungenschaft der Regierungsparteien.

Sämtliche Vertreter der Ortsorganisationen billigten die Haltung des Abg. Mayer und erklärten, die Politik des B. d. L. nicht gutzuheißen zu können. Auf eine Frage, wie sich Abg. Mayer die weitere Entwicklung denke, antwortete er, es müsse getrachtet werden, im B. d. L. Ordnung zu schaffen. Gelingen das nicht, dann werden sich seine Anhänger gezwungen sehen, sich in einer anderen Form zu organisieren. Er beabsichtige, zur Unterstützung dieses Gedankens noch vor Jahresfrist ein bäuerliches Wochenblatt herauszugeben, das die verfehlte Politik des B. d. L. bekämpfen soll.

Die Entschließung vom 25. August, die von der Kreisleitung nicht anerkannt worden war, wurde neuerlich einstimmig angenommen und beschlossen, der Kreisleitung das Befremden darüber auszudrücken, daß sie sich in die Angelegenheiten der Orts- und Bezirksgliederungen störend einmische. In der Entschließung vom 25. August war dem Abg. Mayer das vollste Vertrauen ausgesprochen und die Kreisparteileitung Karlsbad aufgefordert worden, bei der Reichsparteileitung dahin einzuwirken, daß der gegen die Satzungen und das Programm der Partei verstoßende Ausschlußbeschluss zurückgezogen werde.

Troßk-Anhänger in der Tschechoslowakei. Wie das „Pravo Lidu“ meldet, hat sich in Prag eine Organisation von Troßk-Anhängern gebildet, die zunächst ein Halbmonatsblatt „Boj“ (Der Kampf) herausgeben wird. Dieser Gruppe habe sich Abg. Reurath angeschlossen.

Neues in der Affäre Dubich. Vor dem Bezirksgericht in Dobrotka land, wie das „Pravo Lidu“ mitteilt, vorgestern ein Prozeß statt, in dessen Verlauf neue Einzelheiten über den Fall Dubich bekannt wurden. Bei dem verstorbenen Svarovskij, dem Verwandten des Informators des Abgeordneten Remes, war als Gärtner ein gewisser Dolensky beschäftigt. Als es sich nun um die Zuteilung des Hofes Sumprecht handelte, sagte zu ihm der Verstorbenen, daß ihm der Hof sicher sei, und daß dies 956.000 Kronen kosten werde, wovon 50.000 Kronen an den Dispositionsfonds der Agrarpartei abgeliefert werden müßten. Die 50.000 Kronen hat von Svarovskij eben Dubich verlangt. — Wie dasselbe Blatt erzählt, ist in der Umgebung des Abg. Dubich der Gedanke aufgefaßt, den Informator des Abg. Remes, Svarovskij, zu verhaften, was schon am Samstag geschehen sollte. Das „Pravo Lidu“ erklärt, daß aber alle Bemühungen des Abg. Dubich vergebens seien, und daß seine Sache verloren sei.

Abgeordnetenhaus.

Die Wirkungen der Rothermer-Aktion in Karpathoruhland.

Prag, 23. November. Das Plenum des Abgeordnetenhauses trat heute nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um drei kleinere Vorlagen und einige Immunitätsfälle noch vor Beginn der Budgetdebatte zu erledigen.

Der Sitzung lagen folgende Drucksachen vor: Ein Regierungsentwurf auf Abänderung des Artikel VII des Gesetzes über die direkten Steuern. (Der Entwurf stellt einen Versuch des Finanzministers dar, die Steuern der großen Gesellschaften die mit Rücksicht auf den zitierten Artikel VII im Jahre 1926 ans Tageslicht gekommen sind und unterbleiben sollten, nachträglich wenigstens teilweise zu erfassen.) Der Bericht des Budgetausschusses über das Budget, der in üblicher Weise die in der Debatte zu den einzelnen Kapiteln vorgebrachten Wünsche und Beschwerden wiedergibt und unter anderem auch eine Uebersicht über die Budgets der größeren Staaten enthält; ferner vier Anträge auf Novellierung der Sozialversicherung, die von unserem Klub, sowie von den tschechischen Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und von den Kommunisten überreicht wurden; endlich der Antrag des Genossen Taub auf Errichtung einer Kommission zur Kontrolle der staatlichen Finanzwirtschaft.

Der erste Punkt der Tagesordnung bildet ein Regierungsentwurf auf Abänderung einer ungarischen Verordnung aus der Kriegszeit, die den Verkauf und die Verpachtung von Liegenschaften an die Zustimmung der Administrationsbehörden bindet. Die Verordnung hatte bisher noch in Karpathoruhland Gültigkeit.

In der Debatte schildert

Rečas (tsch. Soz.-Dem.)

die Auswirkungen der Aktion des Lord Rothermere in Karpathoruhland. Während die Aktion in der Slowakei bereits abgeklaut sei, habe sie sich in Karpathoruhland in ungeahntem Maße gesteigert. In Vereczgazy Gebiet und überhaupt in den ungarischen Orten bedrohe man öffentlich jene, die sich hinter die Republik stellen. In Vereczgazy wurden Legitimationen ausgegeben, welche beim Einfall des Horthy-Militärs in Karpathoruhland als Ausweis gelten sollen. Abonnenten für die irredentistischen ungarischen Zeitungen würden mit der Drohung geworben, daß derjenige, der das Abonnement ablehne, dafür bei der Erneuerung des alten Regimes hängen werde. Unter Führung von Angehörigen der

Partei des Dr. Korlath (ung. Nat.-Part.) treiben sich in Karpathoruhland Fremde, angeblich englische Journalisten, herum, die die Bevölkerung aufwiegeln. Gleichzeitig greift die magyarische Irredenta zu Drohungen gegen die jüdische Bevölkerung, der Repressalien bei der Wiederkehr des Horthy-Regimes angekündigt werden, wenn sie die irredentistische Aktion nicht unterstützen. Die im Umlauf befindlichen Gerüchte über den bevorstehenden Einfall des Horthy-Militärs werden durch Demonstrationen ungarischer Militärabteilungen hart an der Grenze gefördert. Die Blätter, die Meldungen darüber brachten, wurden konfisziert. Rečas betont, daß die Rothermer-Aktion von allen Parteien, einschließlich der Kommunisten, mißbilligt werde, nur die autokthone Partei des Dr. Korlath arbeite für die Abtrennung Karpathoruhlands von der Tschechoslowakei. Redner verlangt die Befriedigung der wirtschaftlichen, kulturellen und nationalen Bedürfnisse der Karpathoruhischen Bevölkerung, um diesen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten zu können.

Die Vorlage wurde sodann genehmigt und in zweiter Lesung die Regierungsvorlage bezüglich einiger Abänderungen des Berggesetzes angenommen. Hierzu wurde auch eine Resolution des Senats gebilligt, welche die schleunige Vorlegung eines Gesetzes über die Rekultivierung der durch den Bergbau verwüsteten Gebiete verlangt.

Ueber den Regierungsentwurf über die Errichtung und Wirksamkeit der Vergämter

referiert Dr. Danöel. Es handelt sich um eine Umgestaltung der diesbezüglichen Bestimmungen, an der Organisation der Vergämter in den historischen Ländern wird nichts geändert. Hierzu sprechen Brozik (tsch. Soz.-Dem.), Bečlo (tsch. Soz.-Dem.) und Lane (Nat.-Soz.). Unsere Fraktion griff nicht in die Debatte ein, da Genosse Bohls erst vor kurzem im Budgetausschuß die Frage der Reorganisation der Vergämter ausführlich behandelte.

Brozik greift das Arbeitsministerium an, weil es keine durchgreifende Reform des veralteten Berggesetzes vornehmen will, und hält den letzten Ausführungen des Arbeitsministers Dr. Spina über die angeblich uneigennütigen Kohlenhandelsgesellschaften zur Einfuhr polnischer Kohle entgegen, daß diese Gesellschaft im Besitz der tschechischen und deutschen Agrarier sei und zwanzig Millionen einbringen soll. Der Minister hätte zumindest erst den Kohlenrat und die interessierten Korporationen fragen müssen; auch müßten die Rechte dieser Gesellschaft im Verordnungswege geregelt werden. Dies alles sei nicht geschehen.

Nach Annahme dieser Vorlage und Ablehnung aller hierzu eingebrachten Resolutionen wurden noch einige

Immunitätsfälle

verhandelt. Ausgeliefert wurde Dr. Korlath zur Disziplinaruntersuchung durch seine Advokatenkammer und der Abgeordnete Koczor.

Vor Schluß der Sitzung beantwortete der Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses, Cuzik, die Anfrage des Abg. Johans, warum der Antrag der tschechischen Sozialdemokraten auf Verforgung der mehr als 65-jährigen vom Ausschuss nicht verhandelt werde. Er redete sich dahin aus, daß der diesbezügliche Regierungsentwurf nicht die Zustimmung der Koalition gefunden habe, und daß im Fürsorgeministerium derzeit ein neuer Entwurf bearbeitet werde, der die Verforgung nicht mehr von dem Bezug einer Armenunterstützung abhängig macht.

Die Vorlage des Altpensionistengesetzes beschleunigt. — Ein Erfolg unserer Fraktion.

Der Vorsitzende Malypetr erwiderte auf die Anfrage des Genossen Taub, ob er bereit sei, für den sozialpolitischen und den Budgetausschuß eine dreiwöchige Frist zur Beratung der Pensionistenvorlage zu beantragen, er anerkenne die Wichtigkeit dieser Frage und habe sich informiert, wie weit die Arbeiten an der beabsichtigten Regierungsvorlage gediehen seien. Die Vorlage sei schon im Ministerrat und werde demnächst schon dem Hause vorgelegt werden; eine Fristsetzung für den Ausschuss erübrige sich daher.

Schluß der Sitzung um 6 Uhr abends. Nächste Sitzung morgen, Donnerstag, um 3 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung: Bericht des Budgetausschusses über das Budget für 1928.

Dispositionen für die Budgetdebatte.

Abstimmung voraussichtlich nächsten Freitag.

Prag, 23. November. Der Plenarsitzung des Hauses ging eine Beratung des Präsidiums voraus, in der die Dispositionen für die morgen beginnende Budgetdebatte festgelegt wurden. Die morgige Sitzung beginnt um 3 Uhr und soll bis 9 Uhr abends dauern. Freitag dauert die Sitzung von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends, Samstag von 9 bis 3 Uhr nachmittags. Montag wird erst um 3 Uhr nachmittags begonnen, ab Dienstag dauern die Sitzungen von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends. Man rechnet damit, daß die Abstimmung Freitag abends, bzw. im Laufe der Nacht auf Samstag beendet wird.

Die kleinen Klubs unter 10 Mitgliedern erhalten eine Redezeit von 2 1/2 Stunden, die mittleren Klubs bis zu 20 Mitgliedern 14 Minuten pro Klubmitglied, die größeren 12 Minuten pro Klubmitglied. Insgesamt rechnet man einschließlich der Abstimmung mit einer Dauer von etwa 72 Stunden.

Diese Dispositionen werden morgen noch der Klubmännerkonferenz vorgelegt werden, die um 2 Uhr nachmittags zusammentritt.

Telegramme.

Ein deutschnationaler Ehrenmann.

Warum der Reichsminister Schiele den Mais verteuert.

Berlin, 23. November. (Eigenbericht.) In der heutigen Reichstagsitzung kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen dem Sozialdemokraten und dem deutschnationalen Ernährungsminister Schiele. Dieser wollte den Abschluß des Handelsvertrages mit Jugoslawien dazu benützen, den Zoll auf sogenannten Industrie-Mais von 3.20 auf 5.— Mark für 100 Kilo zu erhöhen. Dieser Mais wird hauptsächlich zur Erzeugung von Mindermehl und Aufsele-Pulvern verwendet. Genossen Touh Sander wies nun nach, daß Schiele aus persönlichen Gründen diese Verteuerung wünscht, da er mit seinem Kapital an Kartoffel-Fabrikanten beteiligt ist. Schiele konnte das nicht ablegen, redete sich nur darauf aus, daß auch seine Fabriken Mais verarbeiten, also keine Ursache zu einem Konkurrenzkampf mit den Maismehlfabrikanten hätten. Der Vertrag ging an den Ausschuss, der die Sache neu untersuchen wird.

Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer.

Von Harry Tomela.

Trotz meiner Verwahrlosung wurde ich als Hausburche angestellt. Der Schriftsteller gab mir Kleider, und ich sah wieder ein gemachtes annehmbar aus. Als ich das ruhige Haus dieses Mannes zuerst betrat, hätte ich zu jeder Bedingung den Posten übernommen. Der war Schweigen, Stille, Frieden. Hier konnte ich eine Zukunft finden. Lange dauerte es, bis ich wieder zu Kräften kam. Jetzt erst, hier in der Ruhe, begann mich der Spul der Unterwelt zu quälen, durch die ich hindurchgegangen war — und ich war froh, mich in einen Käfig verfrachten zu haben. Nur ausruhen, erholen, schlafen... Keinen andern Gedanken hatte ich. Und dennoch gäbe alles in mir. Alle mir von Hause mitgegebenen Anschauungen waren vernichtet. Viel Neues hatte ich erlebt, hatte die Tiefen des Lebens gesehen, aber alles bildete in mir ein krankes Durcheinander, aus dem ich mir zunächst noch nichts Neues schaffen konnte. Immer wieder stand jene Welt in mir auf, in der ich mich noch vor kurzem heimlich gefühlt hatte. Mit jenen Leuten, ich gestand es mir oft, verband mich etwas, das mich immer wieder zurückziehen wollte. Was es die gemeinfame Not, die sie ebenso wie ich erlebten, hatten und noch erleben? War es das gemeinsame Schicksal, das wir alle zusammengehörten, weil wir alle von der Gesellschaft ausgegliedert waren? Lauter Fragen, auf die ich mir keine Antwort geben konnte. Der Schriftsteller hatte eine reiche Bibliothek. Da sah ich denn in meinen freien Stunden und las. Da lebten in mir fremdes Leid und fremdes Schicksal auf, und ich sah,

daß die Geschichte des Menschen nichts als eine einzige lange Leidensgeschichte war.

Langsam bekam ich wieder Farbe. Und als ich mich von meiner Hungerzeit etwas erholt hatte, da begi ff ich erst, daß sie doch nicht ganz sinnlos war. Sie hatte in mir eine Selbstständigkeit des Denkens entwickelt, die ich für nichts in der Welt wieder hergegeben hätte.

Vielleicht war dies der Grund, warum ich im Hause des Schriftstellers auf die Dauer nicht bleiben konnte. War ich vorher von einer Erregung in die andere getaumelt, so verlief hier das Leben mit unerträglichem Gleichförmigkeit. So sehr im Anfang für mich die Entspannung vonnöden gewesen war, so sehr entwertete mich auf die Dauer der Mangel an Bewegung. Früher hatte ich unter der aufpeitschenden Hege der Straße gelitten; jetzt litt ich noch mehr unter dem farblosen Leben ohne Abwechslung und Steigerung. Ich konnte hier nicht bleiben, ich mußte hinaus. Eine Unruhe packte mich, ich würde schon nicht mehr verfallen, nicht mehr in jenen Zustand der Erniedrigung geraten. Draußen war das Leben, es lockte mich. So war mir der erste Zwist mit meinem Brotherrn gerade recht, ohne weiteres zu gehen. War ich undankbar? Ich fragte nicht danach.

Als ich jedoch durch die Straßen Berlins pilgerte, war mir, als ständen am helllichten Tage Geister auf. Wo ich ging und stand, wurde ich an die frühere Zeit erinnert. Wo ich mich umblühte, sah ich alte Bekannte aus der Welt des Kluges. Und ich machte jedesmal einen weiten Bogen, um nicht erkannt und angesprochen zu werden. Nach ein paar Tagen hielt ich es in Berlin nicht mehr aus. Ich fuhr nach Hamburg. Mit dem festen Willen, mir unter neuen Verhältnissen erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen.

In Hamburg war mein erster Gang wieder zum Beauftragten des baltischen Vertrauensrates.

Er war Professor, Direktor der Psychiatrischen Klinik. Die Klinik lag weit draußen. Ich ließ mich melden. Er empfing mich sofort. „Herr zur Mühlen?“ fragte er und reichte mir lebenswü rdig die Hand. „Ich verstehe nicht, wen meinen Herr Professor?“ — „Sie sind doch, wenn ich Ihren Namen richtig verstanden habe, Herr zur Mühlen?“ — „Ja? Nein, ich heiße Tomela.“ Ich sprach meinen Namen langsam und deutlich. „Ach so, also nicht... Herr zur...?“ — „Nein.“ Er wandte sich seinem Schreibtisch zu und fragte plötzlich in einem ganz andern Ton: „Was wünschen Sie dem von mir?“ — „Ich wollte Herrn Professor bitten, ob Herr Professor mir irgendeine Tätigkeit verschaffen können?“ — „Nein, das kann ich nicht!“ unterbrach er mich barsch. „Was denken Sie sich denn eigentlich? Alles kommt nach Hamburg. Wären Sie doch nur ruhig in Berlin geblieben!“ und nach einer kurzen Weile der Verlegenheit mich verabschiedend: „Ich kann Ihnen wirklich nicht helfen, es tut mir wirklich leid. Guten Tag!“ Ich war starr und blieb einen Augenblick stehen. „Nun, was wünschen Sie noch?“ fragte er. Ich nahm alle Courage zusammen. „Herr Professor sind der Vertrauensmann aller Baltien. Ich bitte Herrn Professor, mir irgendeinen Rat zu geben, was ich hier anfangen soll, ich bin vollständig fremd hier, habe nur noch wenige Mittel...“ Er ließ mich ruhig ausreden. „Nun, was?“ fragte er fast spöttisch. „Das kann man zur Genüge. Alle kommen sie nach Hamburg, und ich soll sie unterstützen. Es tut mir leid; ich kann Ihnen nur einige Zeilen an das städtische Arbeitsamt geben.“ Im Weiteren war er ein paar Worte auf einen Zettel und reichte ihn mir. „Guten Tag!“ sagte er in einem nicht mißzuverstehenden Ton und lehrte mir den Rücken. Ich war abgefertigt.

Auf dem Arbeitsamt wanderte der Zettel sofort in den Papierkorb. „Wie kommt der Professor dazu, alle zu uns zu schicken?! Mag er doch

für seine Baltien selber sorgen. Sie sind Ausländer. Wir sind froh, wenn wir unsere eigenen Leute unterliegen. Der Professor kann Sie doch unterstützen. Gehen Sie ruhig zu ihm zurück und sagen Sie ihm Bescheid.“ So stand ich wieder draußen. Zum Professor ging ich selbstverständlich nicht noch einmal.

Auf Hamburg kostete ein Nebelmeer, toge lang war alles in dichten Dunst gehüllt. Wie konnten hier nur Menschen wohnen, ohne sinnig zu werden? Als auch noch ein schwerer Dauerregen niederrauschte, hatte ich genug von dieser unfreundlichen Stadt und fuhr an Berlin vorbei nach Leipzig.

Leipzig ist eine wiederbrückende Stadt: Messehallen, Feiljuden und Buchdruckereien. Tagelang war ich im Museum und betrachtete mir vor allem Müllers Werke. Auch das Völkerschlachtdenkmal mit seiner gewaltigen Ausmaßen sah ich mir an. Die guten Leipziger haben indes herausgefunden, daß das Innere des Denkmals eine wunderbare Musik hat, und veranstalten hier ihre Konzerte. Man sagte mir, sie seien noch stolz darauf. Unnötig zu sagen, daß ich in einer Stadt, zu der ich sonst gar kein Verhältnis kommen konnte, nicht lange verweilte. Mit dem Gelde, das ich mir in Leipzig durch Gelegenheitsarbeit verdient hatte, fuhr ich nach München.

In München glaubte ich die erste große, echt-deutsche Stadt zu sehen. Nur im Hofbräuhaus bekam ich ein geheimes Grauen. Einen solchen Saal hatte ich selten gesehen. Der Ausbruch „Schwenme“ ist noch zu gut dafür. Der Obdonnplatz war damals allen Münchnern noch in Erinnerung; im vergangenen Herbst waren hier Teilnehmer am Sudendorff-Hiller-Rutsch gefallen.

(Fortsetzung folgt.)

Bürgerblut in Belgien.

Brüssel, 22. November. Das neue belgische Kabinett setzt sich aus vier Katholiken, vier Liberalen und zwei Christlichdemokraten zusammen. Das Ministerium des Innern übernimmt Senator Carnoy (Christlich-demokratische Partei).

Brüssel, 23. November. Vorkommender und Minister für die Kolonien des neu gebildeten Kabinetts ist Jaspar (Katholik), Minister für auswärtige Angelegenheiten Paul Hymans (Liberaler), Innenminister Senator Carnoy (Christlicher Demokrat), Minister für Nationalverteidigung de Broqueville (Katholik), Finanzminister Fontart (Katholik), Justizminister Paul Emil Janson (Liberaler), Minister für Kunst und Wissenschaft Bauthier (Liberaler), Minister für Arbeit und öffentliche Arbeiten Boels (Liberaler), Minister für Industrie und Arbeit Deiman (Christlicher Demokrat), Eisenbahnminister Lippens (Liberaler).

Bezeichnend für das neue Kabinett ist der stärkere Einfluss (2 christliche Demokraten). Das nunmehrige Programm des Kabinetts besteht aus folgenden Punkten: 1. Die militärische Frage soll von einer gemischten Kommission einem solchen Studium unterzogen werden, 2. Politik der Sparlichkeit und des ausgeglichene Budgets, 3. Herabsetzung und Vereinfachung der Steuern, 4. Vornahme dringender öffentlicher Arbeiten.

Die sozialistische Fraktion hat das Vorgehen ihrer zurückgetretenen Minister gebilligt und fordert die Partei auf, ihren Kampf um die sechsmonatige Militärdienstzeit und die Sozialversicherung unermüdet fortzusetzen.

Frankreichs „Botemlin“:

Banzerkreuzer „Ernest Renan“.

Paris, 23. November. In einer außerordentlichen eingeschobenen Sitzung behandelte die Deputiertenkammer heute nachmittags die grundsätzliche Frage, ob es dem Parlament zusteht, durch einen eigens gewählten Ausschuss Mängel in der Staatsverwaltung zu untersuchen. Den Anlass hierzu bot ein Beschluss des Kammerausschusses für Marineangelegenheiten, die Regierung solle einer parlamentarischen Kommission gestatten, die Gründe des Aufbruchs auf dem Kriegsschiffe „Ernest Renan“ und im Marinegefängnis von Toulon an Ort und Stelle zu untersuchen. Die Regierung lehnte die Forderung ab und stellte die Vertrauensfrage. Der Sozialist Renaudel schärfte die Ereignisse auf dem erwähnten Schiffe am 30. September d. J., als bei einem Drittel der Besatzung nach der Menge Vergiftungserscheinungen auftraten, worauf fünf Mann, die mit einer Beschwerde über die Kost zum Kapitän entsandt worden waren, eingesperrt wurden. Tags darauf feierte die kommunistische „Humanität“ die Tat und forderte die Besatzung auf, im Widerstande auszuharren. Später leitete die Bemannung die kommunistische Kampagne öffentlich ab und versprach vollen Gehorsam. Der Deputierte verurteilte in scharfen Worten das Regime im Toulon Gefängnis, wo die Matrosen drei Tage nacheinander bloß 800 Gramm Brot, den vierten Tag bloß etwas Suppe und am nächsten Tag einen Bissen Fleisch erhalten. Redner ist besonders darüber aufgebracht, daß nicht einmal der Bericht des zuständigen Untersuchungsfunctionärs dem Marineauschuss mitgeteilt werden sollte und erinnert u. a. daran, daß der Kommandant des Schiffes selbst wegen Mordbuhls mit Bewährungsstrafe gerichtlich verfolgt wird. Die Forderung nach Entsendung einer parlamentarischen Untersuchungskommission wurde von den Kommunisten unterstützt, aus deren Reihen heftige Angriffe gegen die Regierung erfolgten, so daß es zwischen dem Kommunisten Berthoin und Ministerpräsidenten Poincaré zu einem scharfen Austritt kam. Schließlich rief der Ministerpräsident in erregter Stimmung: Sie lassen mir nicht untersuchen! Dies war das Signal zu einem ohrenbetäubenden Protest der Kommunisten, die unisono riefen: Diktator, Demission, Demission! Dadurch wurde die Aufgabe des Marineministers Lebaque erleichtert, der ausführte, daß eine parlamentarische Enquete über die Disziplin im Heere niemals zugelassen wurde. Er schilderte die systematische Agitation der Kommunisten in der Marine. Er erklärte, daß die Vorfälle auf dem Schiffe und im Gefängnis teilweise entstellte wurden. Die Schiffsbesatzung sei freiwillig der warnenden Stimme des Kommandanten gefolgt. Das Regime im Marinegefängnis unterscheide sich nicht von der in anderen Staatsanstalten geltenden Ordnung. Er nehme die ganze Verantwortung auf sich, die Kammer solle zwischen ihm und den Kommunisten entscheiden. Bei der Abstimmung stießen die äußerste Linke und die Rechte stürmisch zusammen. Die Forderung des Ausschusses wurde schließlich mit 371 Stimmen gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Sozialdemokratische Präsidenten in deutschen Bundesstaaten.

Berlin, 23. November. (Eigenbericht.) Der hessische Staatspräsident, Genosse Karl Ulrich, wird seines hohen Alters wegen sein Amt niederlegen. Genosse Ulrich, der nun 75 Jahre alt ist, zählt zu den Veteranen und Gründern der deutschen Arbeiterbewegung. Sein Nachfolger wird wahrscheinlich der bisherige hessische Landtagspräsident, Genosse Adeling, werden. — Zum Staatspräsidenten von Baden wurde heute der sozialdemokratische Innenminister Kemele mit 48 Stimmen der Linken gegen 28 Stimmen der Kommunisten und übrigen reaktionären Parteien gewählt.

Forderungen der Gewerkschaften.

Die erste Vorstandskonferenz der gemeinsamen Landeszentrale: Die wirtschaftliche Lage. — Der Kampf um die Sozialversicherung. — Das Problem der Arbeitslosenunterstützung. — Eine gewerkschaftliche Zeitschrift.

Im Saale des „Dobrový Dům“ in Prag fand am Samstag, den 19. November seit der Eröffnung der gemeinsamen gewerkschaftlichen Landeszentrale die erste gemeinsame Vorstandskonferenz statt. Sämtliche Verbände waren vertreten. Auf der Tagesordnung der Vorstandskonferenz stand:

1. Die wirtschaftliche Lage und die Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen.
2. Der Kampf um die Sozialversicherung.
3. Der Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung.
4. Verschiedenes.

Die Verhandlungen begannen vormittags um 10 Uhr und dauerten bis in die 5. Nachmittagsstunde. Den Vorsitz führten die Genossen Kámel, Proszl und Roscher.

Zum Punkte „Wirtschaftliche Lage und Forderungen der Gewerkschaften“

sprach der Sekretär des OZC, Abgeordneter Gen. Taherle, tschechisch und deutsch. In der zum Beschluss erhobenen Resolution wird u. a. zur Rationalisierung Stellung genommen und gesagt:

Soll die Rationalisierung wirtschaftlich nutzbringend und im Sinne des sozialen Fortschritts gelöst werden, so sind folgende Forderungen zu erfüllen:

1. Die Vertretung der Arbeiterschaft in der Produktion nach dem Betriebsausschüsse- und Betriebsrätegesetz ist zu verstärken, um die Regelung der Produktion und die Preisbildung zu beeinflussen;
2. Die Kollektivverträge durch ein Gesetz zu schützen;
3. Die Arbeitsvermittlung unter Mithilfe von Arbeitgeber und Mitarbeiter der Gewerkschaftsorganisationen zu regeln;
4. Die Frage der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsorganisationen zu lösen.

Die Entschliessung befaßt sich auch mit der geplanten tschechoslowakischen Wirtschaftskonferenz und präzisiert hierzu die Stellungnahme der Gewerkschaften wie folgt:

Die Vorstandskonferenz begrüßt in Verfolgung der dringenden Aufgaben wirtschaftlicher Natur, daß in der nächsten Zeit eine tschechoslowakische Wirtschaftskonferenz einberufen werden soll, die zu prüfen hat, wie am raschesten die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz in Genf vom Mai 1927 bei uns angewendet werden können.

Die Vorstandskonferenz verlangt aber, daß diese Konferenz unter weitgehender Teilnahme der verantwortlichen wirtschaftlichen Körperschaften abgehalten wird, denn nur so kann sie die Gewähr für einen Erfolg bieten. Der Zweck der Konferenz kann nicht der sein, die Bedeutung der Genfer Beschlüsse für die Tschechoslowakei einzuschränken, sondern sie im Gegenteil mit Rücksicht auf unsere Verhältnisse gehörig in Geltung zu bringen.

Zum Schlusse wird in der Resolution gesagt:

In der Frage der Bildung von Industriellen fordern die Gewerkschaften, daß die Tätigkeit der Kartelle einer öffentlichen Aufsicht unterworfen und gesetzgeberisch geregelt wird.

Endlich fordert die Vorstandskonferenz, daß die Hindernisse beseitigt werden, die von der Staatsverwaltung der Entwicklung der Industrie und des Handels gemacht werden. Das ist insbesondere die hohe Belastung durch indirekte Steuern, durch die Verbrauchssteuern, durch die Umsatzsteuer und durch die hohen Transport-

tarife. Die Gewerkschaften fordern eine Vertretung in den Steuerkommissionen.

In Zusammenfassung dieser wichtigsten wirtschaftlichen Forderungen betont die Vorstandskonferenz, daß diese von den Gewerkschaftsorganisationen mit der größten Entschiedenheit vertreten werden. Diese erwarten aber, daß sie dafür in den weitesten Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Verständnis und Unterstützung finden. Die Konferenz erklärt, daß die wirksamste Waffe zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage ausschließlich die einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen bilden, die in der gemeinsamen Landeszentrale „D. S. O.“ vertreten sind.

Ueber den Kampf um die Sozialversicherung

sprach Gen. Abg. Schäfer, über die geplante Verschlechterung der Bergarbeiterversicherung Abg. Gen. Proszl, über die Kranken- und Pensionsversicherung der Angestellten Heller und Bergmann. Zur Frage der Sozialversicherung wurde dann folgende Entschliessung angenommen.

„Die Konferenz der Verbände der im D. S. C. vereinigten Gewerkschaftsverbände vom 19. November 1927 in Prag protestiert schärfstens gegen die in dem Regierungsentwurf auf Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes vom 9. Oktober 1924 enthaltenen Bestimmungen. Sie wendet sich namentlich:

1. Gegen die Einschränkung des Kreises der Versicherten der Alters- und Invaliditätsversicherung, das ist gegen den Ausschluß der Heim- und Saisonarbeiter und der jugendlichen Personen bis zu 16 Jahren.
2. Gegen die Verschlechterung der Versicherung bei den landwirtschaftlichen Arbeitern und bei den Hausgehilfen.
3. Gegen die weitere Zersplitterung im Aufbau der Krankenversicherung.
4. Gegen die Verschlechterung der Heilfürsorge durch Anhebung des geschätzten Wertes von 100.000.000 K., die diesem Zweck zugedacht waren.

Die gewerkschaftliche Vorstandskonferenz verurteilt sich entschieden gegen die beabsichtigte Beseitigung der Selbstverwaltung der Versicherten in den Krankenkassen und gegen den Verzicht der gesamten Sozialversicherung der staatlichen Bürokratie und den Unternehmern auszuliefern. Sie verurteilt das Bestreben nach Ausdehnung der Rechtsmacht der politischen Behörden über die Krankenkassen und protestiert insbesondere gegen die Absicht, die bisherige Zusammensetzung der Verbände- und Aufsichtsausschüsse dieser Anstalten zu beseitigen.

Die Konferenz wendet sich mit Entrüstung gegen die beabsichtigte Auflösung der Verbände der Krankenkassen, die für den Ausbau der Heilfürsorge ein unentbehrlicher Bestandteil sind. Die Konferenz der gewerkschaftlichen Verbände lehnt die in der neuen Sozialversicherungs-Novelle in Aussicht genommenen Verschlechterungen der Sozialversicherung endgültig ab und verlangt die Berücksichtigung der Forderungen, die der gemeinsame Kontrakt der Gewerkschaften der Tschechoslowakei am 2. April 1927 beschlossen hat. Gleichzeitig spricht sich die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften für die Forderungen der Privatangehörigen in der Frage der Pensionsversicherung aus. Sie verlangt dringend die rascheste Durchführung der Reform der Pensionsversicherung für die Angestellten und protestiert gegen die geplante Verschlechterung für die Krankenversicherung. Sie unterstützt die Forderung der Bergarbeiterverbände auf Erhaltung

der Selbständigkeit der Bergarbeiterversicherung und verurteilt den Versuch, erworbene Ansprüche versicherter Bergarbeiter zu kürzen.

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften verlangt mit Nachdruck die schnellste Durchführung der Wahlen in den Krankenkassenanstalten und protestiert gegen die Absicht, die Mitglieder der Verwaltungsgremien dieser Anstalten zu ernennen. Die Versicherten haben ein Recht darauf, selbst über die Zusammensetzung der Verwaltungsgremien in Krankenkassen durch freie Wahl zu entscheiden, da sie die Beiträge aufbringen, die die Unternehmer abführen. Die Verbände der Vorstandskonferenz verurteilt das Vorgehen der Regierung bei der Ausarbeitung der Novelle zur Sozialversicherung. Sie hat nicht einmal die übliche Gesetzmäßigkeit eingehalten, die in allen Staaten beachtet wird, die von der Gesetzgebung betroffenen Gruppen und Körperschaften zur Begutachtung heranzuziehen. Weil das unterlassen wurde, verlangt die Vorstandskonferenz, daß der im Abgeordnetenhaus vorgelegte Entwurf zur Sozialversicherung widerrufen wird. Insofern das Gesetz über die Sozialversicherung Änderungen erfordert, sind darüber auch die Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter zu hören. Die Vorstandskonferenz sündigt in Übereinstimmung mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft dem Versuche, die Sozialversicherung zu verschlechtern und den Versicherten das Selbstverwaltungsrecht zu rauben, den schärfsten Widerstand an.“

Ueber den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung

sprach als Berichterstatter der Genossen Kámel, Proszl und Abgeordneter Gen. Roscher, Reichenberg. Der Berichterstatter erwiderte die ziffermäßigen Nachweise, daß das Genier System zu einer schweren Belastung der freien Gewerkschaften geführt hat. Was man von Anfang an gesagt habe, sei durch die Erfahrungen als richtig erwiesen worden. Das Genier System zur Arbeitslosenunterstützung ist ungewinnlich, nicht mehr zeitgemäß und bedeutet infolgedessen keine Lösung der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Die jenseitige Lösung für den Fall der Arbeitslosigkeit. Die jetzige Novelle zum Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung bedrohe wieder nur die Gewerkschaften, bedeutet im Vergleich zu dem was die Gewerkschaften verlangen, eine Verhöhnung der Arbeiterklasse und müsse deshalb schärfste Zurückweisung erfahren. Die gleichen Gedanken wurden auch von dem Berichterstatter Gen. Kámel vertreten. Beide verurteilten das Vorgehen des Ministeriums für soziale Fürsorge, das es nicht einmal für nötig gehalten hat, vor Fertigstellung des Gesetzentwurfes mit den in Frage kommenden Gewerkschaftsvertretungen zu verhandeln. Der Antrag über ein solches Vorgehen, das überhaupt bezeichnend für die gegenwärtige Leitung des Fürsorgeministeriums ist, wird auch in der von der Vorstandskonferenz beschlossenen Resolution zum Ausdruck gebracht.

Unter „Verschiedenes“ wurde über die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Zeitschrift

verhandelt, die sich mit den Fragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik und des Gewerkschaftswesens befassen soll. An der Aussprache darüber nahmen mehrere Verbandsvertreter teil.

Ratowski ist kriegslustig.

Moskau, 23. November. In der Aussprache auf der Parteikonferenz des Moskauer Gouvernements behandelte der ehemalige Botschafter in Paris Ratowski Fragen der Außenpolitik der Sowjetunion. Er griff die politische Linie des Zentralkomitees an, wobei er die Erfolge der Verträge mit Persien und Lettland geringfügig nannte. Diese Erfolge wurden durch die infolge der falschen Führung erlittenen Niederlagen der Sowjetunion aufgehoben, nämlich Abberufung des Sowjetbotschafters in Frankreich, Fehlschlagen der Chinapolitik und Scheitern des englischen Generalstreiks. Die Sowjetunion hätte den Angriff auf die Befehls-Sowjetbotschaft mit Krieg beantwortet müssen. Ratowski erklärte demgegenüber, man habe Ratowski wegen nicht Krieg führen können, denn die Arbeitermassen hätten eine derartige Abenteuerpolitik verurteilt. Die Opposition bedeute für das Ausland eine Öffnung auf die konterrevolutionären Kräfte. Man müsse darauf achten, daß die Opposition dem Proletariat nicht in den Rücken falle. Karachan führe aus, durch richtige politische Handhabung sei es dem Zentralkomitee gelungen, die normalen Beziehungen zu Frankreich zu erhalten. In der Aussprache fiel die Bemerkung, man habe gut daran getan, einen so kriegslustigen gesinnigen Botschafter nicht auf einem verantwortungsvollen Posten zu belassen.

Rabinettswechsel in Ostland.

Rebal, 22. November. Das estnische Kabinet Leemant ist zurückgetreten.

Weitere Ausschüsse aus der A. P. R.

Aus der Moskauer Organisation der Partei sind vor kurzem 76 Mitglieder ausgeschlossen worden, in Charloj sogar einige Hundert. Und nun meldet der Sowjetdraht ohne nähere Begründung die Ersetzung des Volkskommisars des Innern, Beloborodof durch seinen Stellvertreter Jechorof.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

Prag, 24. 11. 11: Schallplattenkonzert. 11:30: Landvolkskonzert. 12: 12:30: Musikalische Vorträge. 12:45: Musikalische Vorträge. 13:00: Musikalische Vorträge. 13:15: Musikalische Vorträge. 13:30: Musikalische Vorträge. 13:45: Musikalische Vorträge. 14:00: Musikalische Vorträge. 14:15: Musikalische Vorträge. 14:30: Musikalische Vorträge. 14:45: Musikalische Vorträge. 15:00: Musikalische Vorträge. 15:15: Musikalische Vorträge. 15:30: Musikalische Vorträge. 15:45: Musikalische Vorträge. 16:00: Musikalische Vorträge. 16:15: Musikalische Vorträge. 16:30: Musikalische Vorträge. 16:45: Musikalische Vorträge. 17:00: Musikalische Vorträge. 17:15: Musikalische Vorträge. 17:30: Musikalische Vorträge. 17:45: Musikalische Vorträge. 18:00: Musikalische Vorträge. 18:15: Musikalische Vorträge. 18:30: Musikalische Vorträge. 18:45: Musikalische Vorträge. 19:00: Musikalische Vorträge. 19:15: Musikalische Vorträge. 19:30: Musikalische Vorträge. 19:45: Musikalische Vorträge. 20:00: Musikalische Vorträge. 20:15: Musikalische Vorträge. 20:30: Musikalische Vorträge. 20:45: Musikalische Vorträge. 21:00: Musikalische Vorträge. 21:15: Musikalische Vorträge. 21:30: Musikalische Vorträge. 21:45: Musikalische Vorträge. 22:00: Musikalische Vorträge. 22:15: Musikalische Vorträge. 22:30: Musikalische Vorträge. 22:45: Musikalische Vorträge. 23:00: Musikalische Vorträge. 23:15: Musikalische Vorträge. 23:30: Musikalische Vorträge. 23:45: Musikalische Vorträge. 24:00: Musikalische Vorträge.

Der Vorleser: Arien von Handel und Bach, Tschechoslowakische Nationaloper, Dufay, Der Jüngling, Stravinski, Glinka, Verdi, Wagner, Liszt, Chopin, Debussy, Ravel, Strauss, Mahler, Sibelius, Grieg, Schumann, Brahms, Mendelssohn, Schopaus, Wagner, Liszt, Chopin, Debussy, Ravel, Strauss, Mahler, Sibelius, Grieg, Schumann, Brahms, Mendelssohn, Schopaus.

Der Vorleser: Arien von Handel und Bach, Tschechoslowakische Nationaloper, Dufay, Der Jüngling, Stravinski, Glinka, Verdi, Wagner, Liszt, Chopin, Debussy, Ravel, Strauss, Mahler, Sibelius, Grieg, Schumann, Brahms, Mendelssohn, Schopaus.

Deutschland.

Deutschland. 12:50: 15:30: Musikalische Vorträge. 16:00: Musikalische Vorträge. 16:30: Musikalische Vorträge. 17:00: Musikalische Vorträge. 17:30: Musikalische Vorträge. 18:00: Musikalische Vorträge. 18:30: Musikalische Vorträge. 19:00: Musikalische Vorträge. 19:30: Musikalische Vorträge. 20:00: Musikalische Vorträge. 20:30: Musikalische Vorträge. 21:00: Musikalische Vorträge. 21:30: Musikalische Vorträge. 22:00: Musikalische Vorträge. 22:30: Musikalische Vorträge. 23:00: Musikalische Vorträge. 23:30: Musikalische Vorträge. 24:00: Musikalische Vorträge.

Tages-Neuigkeiten.

Nachmachen!

Werbe-Erfolge im Karlsbader Gebiet.

Der Karlsbader „Volkswille“ registriert aus den bisherigen Erfolgen der Werbewoche für die Partei folgendes:

In vielen Orten haben unsere Genossinnen und Genossen gleich am ersten Werbetag ganze Arbeit getan und Erfolge erzielt, die uns ein prächtiges Ergebnis der Aktion auf der ganzen Linie erhoffen lassen. So z. B. in Neudorf, wo mit den ersten Besuchen schon mehr als fünfzig neue Parteimitglieder und dreißig jugendliche gewonnen wurden, und in vielen anderen Orten mehr. Hier nur einige Beispiele:

Die kleine Gemeinde Tüppelgrün im Bezirke Karlsbad, bisher unter landbäuerlicher Verwaltung, erhielt bei der letzten Gemeindevahl eine sozialdemokratische Mehrheit, indem von den 402 Wählern 222 sozialdemokratisch stimmten. Unsere Partei zählte dort 90 Mitglieder, zu denen jetzt 30 neue gewonnen wurden, so daß die sozialdemokratische Lokalorganisation in dieser Landgemeinde nun 120 Mitglieder zählt. — In dem kleinen Tschowitz bei Mách (das nur ein Ortsteil der Gemeinde Janeschitz ist) konnten 16 neue Parteimitglieder gewonnen werden. — In Zettitz, einem Drie, in dem von unseren gefähigsten Gegnern mit ganz besonders „reinen“ Waffen gegen unsere Partei gekämpft wird, gewannen wir 18 neue Mitglieder. — In Grasseth im Falkenauer Bezirke traten gleich 51 neue Mitglieder (35 Frauen und 16 Männer) bei. — In Wollhof im Bezirke Wildstein, wo wir bisher nur 7 Parteimitglieder zählten, traten 12 neu bei, so daß wir in dieser kleinen Gemeinde unsere Mitgliederzahl fast verdreifachten. — In einem Orte folgen uns die Genossen: Wen sollen wir nun noch werben? Bis auf 4 sind alle erwachsenen Ortsbewohner Mitglieder der Partei — das ist Neujaneschitz im Karlsbader Bezirke. In diesem Bezirke Karlsbad, wo wir 18.800 Stimmen erhielten, dürften wir nach den bisherigen Nachrichten es nun auf achttausend Mitglieder der Partei bringen. Und dabei stehen wir erst am Anfang der Aktion!

Sie werden lachen!

Die letzte Schülerin listet verhungert. Der Leiter des akademischen Arbeitsamtes in Berlin, der hochherzige Philantrop Dr. Karl Sonnenstein, veröffentlicht folgenden Aufruf: „Die letzte Schülerin von Prinz Ljitz, die den großen Meister in seinen letzten Lebensjahren betreute und pflegte, befindet sich in erschütternder Notlage. Die einstige Dozentin der Petersburger Hochschule und Leiterin des Stroschburger Konfervatoriums ist nach sechsmonatiger Klinikbehandlung und Amputation in ihr einsames Zimmer zurückgekehrt. Es fehlen Brotkrumen, Arznei, Fahrstuhl. Wer hilft mir, der letzten Schülerin des großen Ljitz einen gesicherten Lebensabend bereiten? Auch der Ankauf von Autogrammen, Stichen, Briefen, Bildern und sonstigen Erbstücken des Meisters sowie von Schmuckgegenständen der Künstlerin können retten.“

(Notiz im „Prager Tagblatt“ vom 20. Nov. 1927.)

„Sie werden lachen“, Ausstattungsbroschüre der D. E. S. G., Donnerstag, den 15. Dezember, im Alhambraaal, unter Mitwirkung von 140 Personen, darunter 50 der Prager Gesellschaft angehörnde junge Damen als Girls. Vormerklungen von Logen und Tischplätzen an Herrn Ing. George Le Gros, Prager 12, Aarun 49, oder an die Herren Dr. Paul Alexander, Hermann Koedl oder Eugen Winterberg. 2818

(Notiz im „Prager Tagblatt“ vom 20. Nov. 1927.)

Durch zwei knappe Spalten voneinander getrennt waren diese beiden Notizen an einem Tag, auf einer und derselben Seite erschienen, gleichsam symbolisch die Zusammenhänge von Glanz und Elend darstellend. Während ein Philantrop seine Stimme erschallen läßt, um flehend zu bitten und ein Elend durch nüchterne Schilderung für sich selbst sprechen zu lassen dabei gleichzeitig den Wegweisend, der zu gehen wäre, um die Not zu lindern, wiehert in der benachbarten Spalte eine Feinheute davor so laut, daß es ihr fast gelingt, die Stimme des Leids zu überhöhen und dieser Welt weiszumachen, sie wäre die Heiterste; dem Gelächter, das hier versprochen wird, und das noch keine „besondere“ Note erhält durch 100 Beine, die „Damen der Gesellschaft“ gehören, welche „als“ Girls einen Abend lang von ihrem hohen Sockel herabsteigen und damit offenbar den Beweis erbringen wollen, daß vom Girl zur Dame der Gesellschaft der Weg ein weiter, umgekehrt es aber nur ein Schritt ist.

Eisenbahnunglück in B. Leipa.

Ein Toter, zwei Verletzte.

Montag, den 21. d. M., ereignete sich auf dem Hauptbahnhöfe in B. Leipa ein schwerer Unglücksfall. Der um 7 Uhr 10 Minuten von Röhrsdorf einlaufende Zug Nr. 324 fuhr bei der am Nordende der Gleisanlage liegenden Weiche in eine Gruppe von Arbeitern, welche mit dem Wegschleppen der Schneemassen beschäftigt waren. Der Bahnbedienstete Jibny wurde von der Lokomotive getötet, seine Arbeits-

Ein Prozeß aus dem Berliner Nachleben.

Die Gattin erschossen.

In Berlin ist vor kurzem nach dreitägiger Verhandlung der Prozeß gegen den 33jährigen Bruno Borchardt zu Ende gegangen. Borchardt war wegen Totschlages an seiner Gattin angeklagt. Bruno Borchardt nannte sich Kaufmann. Die Ware, die er anbot, war der Körper seiner Frau. Von diesen Geschäften und Einkünften wußte man Bestimmtes. Ob er sonst noch ein Einkommen hatte, konnte nicht festgestellt werden. Und doch hat er seine Frau erschossen, weil er sie mit einem anderen im Bett angetroffen hatte. Dieser andere war allerdings sein Freund Berndt, der vom selben Geschäft und von Einbrüchen lebte.

Eine Geschichte von „da unten“.

Bruno Borchardt ist der Sohn eines Bankdirektors. Schon vor zehn Jahren brachte ihm sein Vater das Sektirinken bei. Der Vater starb geisteskrank an Gehirnschlag. Seine Mutter desgleichen. Ihr Vater hatte durch Selbstmord geendet. Aber natürlich war die Familie keines Bürgertums. Denn ganz es mit Bruno hergab. Er wurde Alkoholiker, Kokainist und holte sich die Syphilis.

Da unten nun lernte er die Prostituierte Emma kennen. Sie stammte aus Hannover, war die Tochter eines Beamten, also eine Kleinbürgerin. Wenn er von seiner Vergangenheit erzählte, blinnte sie zu ihm auf. Hätte sie ihn vor zehn Jahren kennengelernt und hätte er sie damals angesehen, sie wären nicht da nach unten gekommen. Die beiden liebten sich.

Trauung im Gefängnis.

Sie beschloßen zu heiraten. Im Gefängnis, er hatte gerade eine Strafe wegen eines Raubüberfalles abzustoßen, wurde die Trauung vollzogen. Später erzählte sie ihm einmal, daß sie in jener

Brautnacht besonders viele und zahlungsfähige Freunde gefunden hatte. Und er lachte dazu.

Aber noch während der Gast wurde ihm mitgeteilt, daß seine Frau zu seinem Freund Berndt — er war Trauzeuge gewesen — intime Beziehungen unterhalte. Das machte seine Eifersucht an. Im September 1926 kam er aus dem Gefängnis heraus, stellte sie, stellte ihn zur Rede. Die Geschichte kam auch vor den Ausschuh des Zuhälterklubs „Nordens“, dem die beiden Freunde angehörten, und wurde dort geschlichtet. Seine Frau leugnete übrigens, mit Berndt „etwas“ zu haben.

Die Eifersucht des Zuhälters.

Am 24. November war im Klub eine große Namensfeier. Nur Herren hatten Zutritt. Während der Feierlichkeiten wurde Berndt von der Emma, der Frau seines Freundes angerufen, die Nacht bei ihr zu verbringen. Berndt hatte nichts dagegen und verschwand. Als Borchardt nach Hause kam, fand er die Wohnung leer. Er machte sich auf die Suche nach ihr. Schließlich kam er auch in die Wohnung Berndts. Er brach ein und fand beide im Bett. Der Freund flüchtete, die Frau wurde erschossen.

In der Verhandlung sagte Borchardt, die Eifersucht habe ihn toll, sinnlosverwirrt gemacht. Die Richter schüttelten die Köpfe. Eifersucht bei einem Zuhälter, der eine Dirne geheiratet hatte? Und die psychologischen Sachverständigen konnten sich nicht einigen. Die einen meinten, so etwas sei auch möglich. Die anderen schloßen es wieder mit unfehlbarer Sicherheit aus.

Das Gericht erkannte den Angeklagten schuldig und verurteilte ihn zu dreieinhalb Jahren Gefängnis. Neun Monate Untersuchungshaft werden ihm in die Strafe eingerechnet.

lameraden Zöllner und Görner kamen mit dem Leben davon und wurden in das Krankenhaus gebracht. Zöllner hat schwere Kopfverletzungen davon getragen, so daß sein Zustand sehr bedenklich ist, Görner kam mit leichteren Verletzungen davon. Ueber den genauen Vorgang bei dem Unglück liegen keine authentischen Nachrichten vor, doch steht fest, daß niemanden ein Verschulden trifft. Jedenfalls haben die Arbeiter den fast lautlos daherkommenden Zug nicht bemerkt und der Lokomotivführer war in der gegebenen Situation nicht mehr in stande, den Zug zum Stehen zu bringen.

Wie die Frauen wählen.

Interessante Feststellungen in Mainz. Die Wahlen zum Hessischen Landtag fanden in Mainz getrennt nach Geschlechtern statt. Das Ergebnis war folgendes:

	mit 1896	mit 1927
Zentrum	3.902	7.499
Volkrechtspartei (Aufwertung)	1.188	1.369
Sozialdemokratie	8.661	6.821
Demokraten	3.127	2.519
Kommunisten	1.878	999
Landbund	288	193
Deutschnationale	988	777
Deutsche Volkspartei	1.707	1.571

Auffallend ist die verhältnismäßig hohe Zahl an weiblichen Stimmen für das Zentrum. In erster Linie dürfte das auf den Einfluß der Kirche zurückzuführen sein. Die Männer wenden sich von ihr, wie vor allem auch die männlichen Zentrumstimmen in der erzaholischen Stadt Mainz zeigen, mehr und mehr ab. Im übrigen aber zeigt auch die Mainzer Statistik, daß sich das Frauenstimmrecht mehr zugunsten der Rechts- und Mittelparteien als der Linksparteien auswirkt. So haben die heftigsten Feinde des Frauenstimmrechts von ihm den größten Nutzen.

Bisher 17.818 Einschreibungen in den Krematorien der Tschechoslowakischen Republik.

Es wurden eingeschrieben:

Krematorium	eröffnet am	Geblen-	seit 1.	letz Er-
		der	Januar	öffnung
		1927	1 27	
Prag	21./IX. 1921	129	1.404	9.328
Reichenberg	28./X. 1918	88	378	4.422
Pardubitz	28./IX. 1923	19	270	1.328
Brüx	10./II. 1924	26	227	852
Rimburg	25./VIII. 1924	10	85	239
Mähr-Ostrau	1./II. 1925	16	213	685
Budweis	10./IV. 1925	4	63	148
Pilsen	16./V. 1926	16	182	316
Zusammen		238	2.822	17.818

Die Palenkruzer und die Wiener Schulreform. Wir melden an anderer Stelle des Blattes, daß in einer Versammlung des Aufsig-Raribcher Lehrervereines über die Wiener Schulreform gesprochen und dabei auf die großen Fortschritte verwiesen wurde, die das allgemeine Unterrichtswesen durch diese Reform gemacht hat. Die offizielle Mitteilung des Lehrervereines, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß bisher entstehende Berichte über die Wiener Schulreform verbreitet wurden, erschien auch im nationalsozialistischen „Tag“, der sich sonst alle Mühe gibt, die Arbeit der Wiener Sozialdemokratie zu schmähern. Seine Leser werden erstaunt sein, nun plötzlich einen wahrheitsgetreuen Bericht zu finden. In solche Verlegenheiten kommt nun ein palenkruzerisches Blatt schon einmal, genau so wie es ihm passieren kann, den Schriftsteller Emil Rudwig in einer sonst streng antisemitischen Folge als berühmten Deutschen und namhaften Dichter anzusprechen, weil dem Redakteur entgangen ist, daß der wirklich

Erfinderrausch. Der zwanzigjährige Bautechniker Eißländer in Königsberg (Preußen) hat sich mit der Erfindung einer Geldzählmaschine, die sogar falschgeld automatisch aussortieren sollte, beschäftigt. Er brachte über seine Erfindung Nachrichten in alle deutschen Zeitungen. Schließlich bot er sie der Reichsbank an. Die Reichsbank interessierte sich für die Maschine. Aber der junge Erfinder konnte sie nicht vorführen, weil sie noch nicht vorhanden war. Dagegen lodte er der Königsberger Sparkasse unter der Vorspiegelung, die Reichsbank hätte ihm seine Erfindung schon abgekauft, 24.000 Reichsmark heraus. Die Geschichte kam auf. Eißländer hatte sich vor den Schöffen wegen Betruges zu verantworten. Interessant ist nun, daß sachverständige Zeugen bestätigten, daß die Erfindung Eißländers, die bis jetzt nur als Konstruktion auf dem Papier vorhanden ist, durchaus durchführbar ist. Ein anderer Zeuge wieder sagte aus, daß Eißländer einen Universalzirkel erfunden hat, für den ihm von einer amerikanischen Unternehmung schon 50.000 Dollar geboten worden seien. Warum und zu welchem Zweck er der Sparkasse das Geld herausgelockt hat, konnte Eißländer nicht angeben. Er bezeichnete seine Tat als größten Unsinn, den er sich nur damit erklären könne, daß er von seiner Erfindung völlig berauscht gewesen sei. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis.

Das gepändete Stadtor. Aus der Zeit der 600. Jahrestage der Stadt Priesa ist noch eines der Holztorer übrig geblieben, die man damals als Kulisse für die historische Feiertage errichtet hatte. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde nun angefragt, wie lange das Tor, das ein Verkehrsbehinderung bildet, noch stehenbleiben solle. Unter allgemeiner Feierlichkeit erklärte der Bürgermeister: Das Tor gehört nicht der Stadt, die Post hat es gepändert für rückständige Telephongebühren. Dieses Tor war nämlich von einer Baufirma errichtet worden, die ihren Betrieb vor kurzem einstellen mußte. Das Holz gehört der Firma; daher die Pfändung. Ob die Post bei ihrem Geschäft auf ihre Kosten kommen wird, ist sehr ungewiß, da das Abtragen des Tores mehr Kosten erfordert, als der Holzwert darstellt.

Das Leben ein Film. Das Soalestädter Raumburg hat seine Fiktion, die alle Gemüter erregt und alle Gespräche beherrscht. Der Ort ist zum Schauplatz eines nicht alltäglichen Liebesromans geworden, in dessen Mittelpunkt die 21 Jahre alte Fabrikarbeiterin Liesbeth Aepfler steht. Sie ist Paderin in einer Ramm-Fabrik. Um das Einere ihrer täglichen Beschäftigung etwas abwechslungsreicher zu gestalten, fügte sie einer Sendung nach Amerika einen Gruß aus der deutschen Heimat mit ihrer Adresse bei. Tatsächlich kam die Sendung in den Besitz eines Deutschamerikaners in einem Boot von New York. Die Freunde über diesen Gruß eines deutschen Mädels teilte vor allem der 23 Jahre alte Chauffeur Robert Preß, der Schwager des Empfängers, der vor sieben Jahren aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgewandert ist. Er erwiderte die Grüße und zwischen Raumburg und New York entspann sich ein Briefwechsel und ein Austausch von Photographien. Als der junge Mann das Bild des Mädels aus Raumburg erhalten hatte, entschloß er sich zu einer Fahrt nach der alten Heimat. Hier ließ die Verlobung nicht lange auf sich warten, da die heitere Fabrikarbeiterin auch persönlich dem Deutschamerikaner gefiel. In kurzer Zeit wird die 24jährige, deren Vater Arbeiter im Leuna-Berl ist, ihrem Verlobten nach der neuen Welt folgen.

Großfeuer bei Fehrbellin. Am Dienstag morgens brach in dem Dorfe Linum bei Fehrbellin ein Brand aus, der bei dem starken Wind einen außerordentlich großen Umfang annahm. Dem Feuer, das in einer Scheune entstanden war, fielen insgesamt sieben Geschäfte zum Opfer. Dabei ist auch verschiedenes Großvieh und Geflügel umgekommen. Sämtliche Feuerwehren der Umgebung waren an die Brandstätte geeilt, aus dem Städtchen Nauen und Arrennen waren Automobilspritzen aufgeboden worden. Die Löscharbeiten waren dadurch sehr erschwert, daß der haneländische Kanal zugefroren ist. Das heimgesuchte Dorf ist mit etwa 1500 Einwohnern eine der ältesten, aus der Wendenzeit stammende Ortschaft der Mark Brandenburg.

Zehn Millionen Rubel Zollstrafe. Der Kapitän des vor Romelion ausgegriffenen, dann aber wieder ausgerückten Spritschuggelschiffes „Halsan Bir“ ist vom Libaner Zollamt zu einer Geldstrafe von 10.388.000 Rubel verurteilt worden. Das Schiff war von einem libanesischen Zollschiff angehalten worden, ist dann aber nach schwerer Sturmfahrt in den Danziger Hafen eingelaufen. Die aus sechs Personen bestehende Besatzmannschaft ist weder nach Romelion abgereist. Der Kapitän war über Bord gesprungen und in Sitouen verhaftet worden. Er hat es jedoch verstanden, zu flüchten, und befindet sich in Danzig. Die Ebauer werden also auf die Zahlung der Strafe noch lange warten müssen. 2755 Liter Spirit, die in 290 Kannen an den Strand gespült worden, sind jedoch der Beschlagnahme verfallen.

17. Klassenlotterie, 50.000 K: 28.033; 20.000 K: 16.999; je 5000 K: 5248, 13.213, 17.803, 24.777, 45.888, 52.487, 67.907, 97.534, 102.278, 116.065, 118.007; je 2000 K: 562, 9090, 14.441, 18.920, 19.057, 25.734, 32.221, 34.593, 42.000, 44.291, 48.524, 62.567, 66.448, 70.540, 70.834, 71.441, 83.149, 85.769, 86.543, 86.989, 89.640, 89.607, 92.971, 94.539, 97.091, 98.477, 104.137; je 1000 K: 593, 2088, 3654, 14.717, 16.094, 18.725, 20.506, 21.007, 22.745, 25.520, 27.941, 28.118, 31.602, 31.829, 31.967, 36.003, 42.628, 43.797, 46.882, 48.441, 49.069, 50.046, 50.888, 62.322, 63.007, 63.432, 69.510, 71.589, 72.799, 73.328, 73.625, 81.026, 82.783, 89.046, 97.383, 98.983, 99.499, 99.731, 100.100, 102.887, 106.201, 109.365, 118.501.

„Auf den Inseln“.

Die Lage der italienischen politischen Verbannenen auf den Inseln verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die Verbannung ist nichts weiter als ein Gefängnis mit etwas mehr Luft, aber unendlich viel mehr Aufsehern. In Ustica wurde die Erlaubnis zum Verlassen der mit Stacheldraht eingezäunten Zone gänzlich zurückgezogen. Die Verbannenen sind wie eine Herde auf einem Raum von 200 Quadratmetern zusammengedrängt, in dessen Mitte die „cameraccia“ steht. Das ist ein Gebäude oder vielmehr eine schmutzige Parade (ein Loch im Fußboden ist die einzige . . . hygienische Einrichtung für das Bedürfnis von 50 bis 60 Personen), wo die politischen Verbannenen unter Mordern, Dieben, Leuten von der „Mamorra“ und Verkommenen leben. Mit ausgeglichener Grausamkeit werden immer mehr Leute hingerichtet. In Ustica werden neue Paraden für weitere politische Verbannene und weitere gemeine Verbrecher gebaut. Es versteht sich von selbst, daß die Sympathien der Aufseher auf Seiten der gemeinen Verbrecher sind, da sie sehr gut verstanden haben, daß es ihre Aufgabe ist, die politischen Verbannenen zu quälen und ihr Leben so hart und unerträglich wie möglich zu gestalten.

Um das Maß voll zu machen, gibt es noch Spione und Vespitzer. Unter anderen einen gewissen Canovi, der vor einigen Monaten wegen verdächtigter Anstiftung zu einem Schwindelakt auf Mussolini aus Frankreich ausgewiesen wurde. Die Verbannenen, die ihn kannten, nahmen sich natürlich in Acht vor ihm. Das hinderte jedoch nicht, daß die Polizei nach mehrmonatigem Aufenthalt dieses bewährten Vespitzers als politischer Verbannener! — in Ustica ein Komplotz aufdeckte. Nach den Angaben der Polizei plante man nichts weniger, als die Garnison zu vergiften und die Insel in die Luft zu sprengen. Sie wußte ganz bestimmt, daß sich unter dem Bett eines Deportierten, der sich ein Zimmer mieten konnte, Bomben in einer Kassette befanden. Diese Kassette enthielt allerdings nichts als Früchte.

Trotzdem wurden 40 unserer Freunde auf ein Schiff gebracht und befanden sich gegenwärtig im Gefängnis von Palermo, das eines der schrecklichsten und schmutzigsten von ganz Italien ist —

und das heißt nicht wenig! Gewiß gibt es aber unter diesen vierzig nichts einen einzigen, der so dumm wäre, ein so phantastisches Komplotz auszubedenken. Daß sich aber alle den Stolz und das Selbstbewußtsein bewahrt, konnten die Aufseher nicht dulden. Darum müssen die Gefangenen in den Zellen des schrecklichen Gefängnisses von Palermo noch mehr physische und moralische Leiden ertragen. Und da die Holzerlöse weit entfernt ist und Nachrichten nur langsam und verspätet von dort einlangen, hoffen die Häftlinge, daß ihr politisches Verbrechertum nicht die Proteste der gesamten zivilisierten Welt erregen wird. Warum soll sich auch die zivilisierte Welt für ihr Schicksal interessieren, wenn der Duce am fünften November eine prunkvolle Parade abhält, wenn Benito Mussolini ihn verherrlicht und die reaktionären Snobs ihn zu ihrem Abgott wählen!

Aber wird sich das Proletariat der freien Länder nicht gegen die Schande der italienischen Inseln auflehnen?

Einstweilen nehmen die Verhältnisse auf die Inseln kein Ende. Caleno 60 Jahre alt, ein stiller Professor, aber seit Jahren ein unerbittlicher und treuer Sozialist, wurde vor kurzem verhaftet; er wird verhaftet werden.

In Civitavecchia endete ein Protest der Fabrikarbeiter, die seit Wochen nichts verdienen hatten, mit der Verbannung von ungefähr zehn Demonstranten nach den Inseln.

In Mailand übte sich der Vorsitzende des Fascho, Ciampoli, durch einen Rivalen, den Ex-Syndikalisten Clerici bedroht, der es sich nicht ergehen ließ, daran zu erinnern, daß Ciampoli verhaftet ist. Eines Tages denunzierte Ciampoli den Rivalen seinen „Leuten“; sie legten sich auf die Fauer und überfallen ihn. Clerici verliert dabei ein Auge. Man ruft Ciampoli vor den Staatsanwalt. Er erscheint . . . mit 50 seiner „Leute“. Man entschuldiget sich bei ihm und nach einigen Wochen ist Clerici auf der Fahrt nach den Inseln. Das ist nur eine Episode, aber man kann sagen: ab uno disce omnes (von dem einen lernst du auf alle schließen). Dergleichen kommt immer wieder vor im Lande der wiederhergestellten Ordnung.

Der Kommunismus der mährischen Wiedertäufer.

Die großen sozialen Veränderungen in deutschen Ländern, die Verschärfung der Klassenkämpfe zu Beginn des 16. Jahrhunderts haben nicht nur zur Reformation, d. h. zur Loslösung des größeren Teiles der deutschen Nation von der katholischen Kirche, sondern auch zur Entstehung kommunistischer Strömungen geführt, von denen eine schwache Welle bis nach Mähren schlug. Dem Schicksal dieser kommunistischen Gemeinden wird in einem eben erschienenen Buche nachgegangen.

Im Mai 1527 trat in Nikolsburg ein Hans Hut auf der dort verübte, daß der Gebrauch von Waffen mit der christlichen Lehre unvereinbar sei und daß die Christen in vollgültiger Gütergemeinschaft leben müßten. Pazifismus und Sozialismus wurde also als der Grundgedanke der christlichen Kirche hingestellt. Bald hatten sich um den Prediger etwa 20 Personen gesammelt, die sich zuerst in dem Dorfe Bogenitz niederließen, bald aber — 1828 — konnten sich die Wiedertäufer — so genannt, weil sie nicht die Kindstaufe, sondern die Taufe der Erwachsenen forderten, weswegen sie sich also zum zweiten Male taufen ließen — in Austerlitz ansiedeln, wo die Herren von Mannitz ihre Besitztümer wurden. Eine zweite Gemeinde entstand 1531 in Nuspitz, kleinere Siedlungen von aus Deutschland Eingewanderten waren in Brünn und Eibenschitz. 1535 betrug die Gesamtzahl der mährischen Wiedertäufer etwa vier bis fünftausend. Der mährische Adel hatte allen Grund, die Täufer zu scheuen. Die meisten waren tüchtige Handwerker, welche ein schönes Stück Geld verdienten und demgemäß auch vieles an ihre Beschützer abliefern konnten. Sie waren in ihrem Gewerbesinn und in der Kunst des Handwerks ihrer Umgebung weit überlegen und haben sich um die Entwicklung des mährischen Handwerks außerordentliche Verdienste erworben. „Da war keiner, der müßig ging, es tat jeder etwas, was ihm befohlen war und was er vermocht und konnte und war er vorhin gewesen edel, reich oder arm. Da lernten auch die Pfaffen arbeiten und werken, welche herzu kamen.“

In dem bedeutendsten deutschen Roman des 17. Jahrhunderts, dem „Simplicius Simplicissimus“ sagt der Verfasser von den mährischen Wiedertäufern, die damals eine Zuflucht in Ungarn gefunden hatten, daß ihr Leben „das seltsamste in der ganzen Welt“ sei. „Da sah ich die Handwerker in ihren Werkstätten arbeiten, als wenn sie es gelobt hätten; ihr Schulmeister unerrichtet die Jugend, als wenn sie alle seine leiblichen Kinder gewesen wären.“ In der Zeit des aufkommenden Kapitalismus mußte es den so genannten Wiedertäufern wirtschaftlich sehr gut gehen und ihre kommunistische Lebensweise erwies sich da als durchaus fördernd. Die Gemeinden waren kleine Staaten, in die nur Rohstoffe eingeführt und aus denen möglichst nur Fertigfabrikate ausgeführt wurden. Ihre Lehren waren eine in religiöse Formen gegossene merkantile kommunistische Wirtschaftspolitik, deren Zweck es war, viel Geld ins Land zu bringen und möglichst wenig Geld auszuführen. Auf die Ausbildung ihres Nachwuchses legten sie das größte

Gewicht, in ihrem Schulwesen waren sie ihrer Umgebung ebenso voraus wie in der Wirtschaftsführung.

Die Gegenreformation des 17. Jahrhunderts, die die Entwicklung der österreichischen Länder um mehr als ein Jahrhundert zurückgeworfen hat und in der Sucht, alles katholisch zu machen, die wirtschaftlich fortgeschrittensten Schichten der Bevölkerung zur Auswanderung zwang hat auch die mährischen Wiedertäufer — die nebenbei gesagt, fast durchwegs Deutsche waren — nicht verschont. 1622 wurden sie ausgewiesen und fanden ein Obdach zunächst in Ungarn, bzw. in Siebenbürgen. Dort gerieten ihre Gemeinwesen allmählich in Verfall, auch die Gütergemeinschaft wurde aufgegeben. Im 18. Jahrhundert wurde die Restaurationspolitik auch dort von den Behörden durchgeführt, so daß die Täufer, welche zähe an ihrer Lehre und an ihren alten Sitten hingen, abermals zum Wanderstabe griffen. Sie zogen erst in die Walsachei (das heutige Rumänien), dann weiter, nördlich großen Strapazen, Mühen und Gefahren, bis nach Rußland, wo nach 1760 wieder einige blühende, nach kommunistischen Grundsätzen lebende Täufergemeinden entstanden. Mehr als ein Jahrhundert erhielten sich dort die mährischen Täufer, bis sie 1874, in dem Jahre, da in Rußland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde, neuerlich auswandern mußten. Sie ließen eher ihren Grund und Boden, ihre Habe, ihre blühenden Gemeinwesen im Stich, als daß auch nur einer von ihnen eine Waffe in die Hand genommen hätte. Ihr Weg ging nun in die halbe Welt — bis nach Nordamerika, wo sie noch heute in Gütergemeinschaft und auf Grund derselben Lehre, ja derselben Bücher, die sie im 16. Jahrhundert in Mähren besaßen, in 29 Gemeinwesen, 3015 Seelen stark (Juli 1926) leben. Selbst der Weltkrieg hat den stolzen Sinn der Brüder nicht gebrochen. Die Sozialgewalt der Vereinigten Staaten war nicht imstande, auch nur einem einzigen der mährischen Täufer ein Gewehr in die Hand zu drücken. Zwei ihrer jungen Leute sind lieber in den Tod gegangen, als daß sie eingezogen wären. Zunächst mußte sich der amerikanische Kriegssekretär Vater dazu bequemen, mit den Täufnern ein Kompromiß abzuschließen, wonach diese nur im Sanitätsdienst beschäftigt wurden. Die junge Generation der Täufer hat sich würdig ihrer Vorfahren erwiesen, die sich lieber über die ganze Erde lagerten, als daß sie ihre Lehren abgeschworen hätten. Sie sind in Amerika 1927 das, was sie in Nikolsburg 1527 gewesen sind: Deutsche, Pazifisten und Sozialisten. C. Z.

Devisentabelle

Prager Kurse am 23. November.

	Geld	Wert
100 holländische Gulden	1360.25	1360.25
100 Reichsmark	503.62	497.25
100 Belgas	499.25	472.25
100 Schweizer Francs	449.20	452.20
1 Pfund Sterling	142.92	145.12
100 Lire	183.16	184.25
100 Francs	33.60	33.60
1 Dollar	132.40	133.24
100 französische Francs	33.17	33.17
100 Dinar	33.17	33.17
100 Pengs	33.17	33.17
100 polnische Zloty	375.80	375.80
100 Schilling	474.25	474.25

Gerichtssaal.

Der Kaplan von Mattersburg.

Der 37jährige Kaplan von Mattersburg in Oesterreich, Wolfgang Reichhofer, hatte sich vor einem Schöffengericht wegen des Verbrechens der Zerschlagung zu verantworten.

Reichhofer hat sich während des Prozesses mehrfach und einmal während einer Pause, während die er mit seinen Zeugnissen verurteilt wurde, an den zwölfjährigen Puben vergangen. Die Staatsanwaltschaft führte sechs Fälle an, in denen der Kaplan das Verbrechen begangen hat. Die Puben waren zur Verhandlung als Zeugen vladet. In der Verurteilung war Reichhofer geständig. Zur Verhandlung war er nicht erschienen. Dem Gericht wurde mitgeteilt, daß er seit fünf Tagen abwesend und unzufindbar ist.

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Reichhofer wurde zu zehn Monaten harten Kerkers verurteilt.



Volkswirtschaft.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

Der kommunistische Gewerkschaftssekretär als Verbündeter des Betriebsleiters.

Die Vereinigten Verbände der Glasarbeiter hatten für die Facharbeiter der Glaskristallindustrie der Fa. Fischmann in Eibischau Forderungen überreicht und es wurde als Ergebnis für die Glasbläser, deren Gehilfen, die Glasstreckler und deren Gehilfen eine 11prozentige Lohnerhöhung mit Gültigkeit ab 1. November l. J. erzielt.

Diese Eingabe auf eine Lohnerhöhung wurde ohne Verständigung der Sektion der Glasarbeiter des Internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes gemacht, was nun nach Abschluß der Verhandlung diese Leute v. Mandl aus dem Häuschen brangt. Die „Internationale“ brachte vor einigen Tagen eine Notiz unter der Signatur: „Wie die reformistischen Glasarbeitersekretäre den Glasarbeitern in die Hände arbeiten“ und erhoben darin den Vorwurf gegen die „Vereinigten Verbände der Glasarbeiter“ daß bei der Lohnbewegung, welche vor ungefähr drei Monaten für die Tafelglasindustrie zum Abschluß gelangt ist, die Arbeiter der Fa. Fischmann absichtlich ausgeschlossen wurden, und es wird in der weiteren Folge nach echt kommunistischer Art die Öffentlichkeit über die wahren Tatsachen hinwegzuführen, indem sie erklären, daß die Sektion der Glasarbeiter der Fa. Fischmann die Verträge in der Tafelglasindustrie gekündigt hat und die Vereinigten Verbände eben absichtlich die Arbeiter der Fa. Fischmann dieser Lohnbewegung nicht angeschlossen haben.

Wir bringen nun zur Information der Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß die Sektion der Glasarbeiter der Fa. Fischmann in der Tafelglasindustrie die Mehrheit besitzt und von ihnen die Ansetzung zur Kündigung des Vertrages in der Tafelglasindustrie ausgeht. Die Vereinigten Verbände der Glasarbeiter haben beschlossen, sich dieser Kündigung anzuschließen und haben der Sektion der Fa. Fischmann mitgeteilt, daß ihnen als die stärkere Gewerkschaftsgruppe die Entscheidung in diesem Lohnkampfe obliegt und daß die Mitglieder der Vereinigten Verbände der Glasarbeiter alle von der Sektion der Fa. Fischmann beschlossenen Aktionen unterstützen werde.

Der gekündigte Vertrag in der Tafelglasindustrie erstreckte sich auch auf die Arbeiterschaft der Fa. Fischmann. Nach zweimonatlichen Verhandlungen hatte man als Ergebnis nichts anderes als eine einmalige Feuerungsauszahlung erzielt und wurde der neue Vertrag für die Tafelglasindustrie von allen Gewerkschaftsorganisationen unterzeichnet. Diese Feuerungsauszahlung galt selbstverständlich auch für die Fa. Fischmann und es ist eine offensichtliche Unwahrheit, wenn die „Internationale“ behauptet, daß die Arbeiter davon ausgeschlossen waren. Eine Frage blieb noch offen zu bereinigen und das war die Entlohnung für die Facharbeiter in Unter-Weidenau, welche 25 Prozent Lohnerhöhung verlangt hatten und wo der Direktor der betreffenden Firma am Schluß der Verhandlungen erklärte, es wird in seiner Firma eine Umstellung platzen in der Form, daß die Facharbeiter für handverarbeitendes Tafelglas zur Erzeugung von Saltinglas herangezogen werden, wodurch sie einen bedeutend besseren Lohn erzielen.

Aber gerade die Lohnbewegung in der Tafelglasindustrie hat gezeigt, wie es mit der Theorie und der Praxis der Leute von der Sektion der Fa. Fischmann in Wirklichkeit bestellt ist. Die Anwärter des Fa. Fischmann, die nie weit genug den Mund aufreissen können, waren in dem Momente, wo ihnen die Führung der Lohnbewegung anheimgestellt worden war, ganz anders eingestellt und man war geradezu überrascht, welche Virtuosität sie an den Tag legten, um einen offenen Kampf zu vermeiden und die ganze Bewegung nach ihrem beliebigen Auspruche abzuwürgen. Als nämlich die Verhandlungen nicht mehr vorwärts gingen und nun der Moment der Aktion gekommen war, beantragte der Vorsitzende der Sektion der Fa. Fischmann, in einer Konferenz, daß in allen Betrieben eine Urabstimmung durchgeführt werden müsse, in welcher die Arbeiter zu entscheiden haben, ob nun in Aktion zu treten sei. Ueber Beschluß der Konferenz sollten diese Ab-

stimmungen in den Betrieben geheim mittels Stimmzetteln in geschlossenen Kuverts durchgeführt werden und diese geschlossenen Kuverts sollten dann nach der Abstimmung eines Komitees zugesandt werden, welches das Resultat festzustellen hatte. Schon aus dieser Methode war zu ersehen, welche Angst die Leute der Sektion der Fa. Fischmann vor einem offenen Kampfe besaßen, wenn sie die Verantwortung übernehmen müssen. Aber es kommt noch besser.

Während der Zeit, als die Arbeiter in den Betrieben der Tafelglasindustrie darüber zu beraten hatten, was nun weiterhin geschehen soll, hielt der Sekretär des Fa. Fischmann, Herr Babulit, in Bleistadt eine Versammlung ab, für einen Betrieb, wo 1000 Arbeiter beschäftigt sind. Als nun Babulit in das Versammlungstokal ging, traf ihn unterwegs der Betriebsleiter dieser Fabrik und fragte ihn, ob er nicht an dieser Versammlung teilnehmen könnte; Sekretär Babulit erklärte dem Betriebsleiter, daß er die Entscheidung der Arbeiterschaft überlassen werde und die Abstimmung ergab, daß der Herr Betriebsleiter zu dieser Versammlung, wo über wichtige taktische Fragen in Bezug des kommenden Lohnkampfes beraten werden sollte, zugelassen wurde. Wie nun eine derartige Versammlung verlaufen muß, darüber kann sich jeder ein Urteil bilden. Die Ergebnisse dieser gemeinsamen Arbeit zwischen Betriebsleiter und kommunistischem Gewerkschaftssekretär, blieben auch nicht aus. Als nämlich dann die geheime Urabstimmung wegen Einsetzen einer Aktion in den Betrieben durchgeführt wurde, ereignete sich gerade in der Glasfabrik in Bleistadt ein besonders bemerkenswerter Fall. Der Herr Betriebsleiter der Fabrik, der an der Versammlung teilgenommen hatte, durfte auch bei dieser Urabstimmung mit der Verbündete sein und er stellte bereitwillig dem Betriebsausschuß, dessen Obmann ein Kommunist ist, eine Urne zur Verfügung, welche im Portierhause zur Stimmenabgabe aufgestellt wurde. Durch diese Vorurteilbarkeit hat er den revolutionären Betriebsausschuß so eingeleitet, daß sich der letztere bereit erklärte, nach Beendigung der Stimmenabgabe gemeinsam mit dem Herrn Betriebsleiter die Kuverts zu öffnen, wodurch der Betriebsleiter der Fa. Gelegenheit hatte, gleich an Ort und Stelle über das Abstimmungsergebnis seiner Arbeiterschaft wegen Einsetzen einer eventuellen Aktion sich Gewißheit zu verschaffen.

Also wohlgeachtet! Der Vorsitzende der Sektion der Fa. Fischmann stellt in einer gemeinsamen Konferenz den Antrag, daß die Arbeiter in einer Urabstimmung darüber entscheiden sollen, ob in den Streit zu treten ist und daß diese Abstimmung geheim mittels Stimmzetteln im geschlossenen Kuvert durchgeführt wird und diese Kuverts einem gemeinsamen Komitee zur Feststellung des Resultates zugesandt werden soll. Die Konferenz stimmt diesem Antrage einstimmig zu und das Resultat: Herr Sekretär Babulit hält im Beisein des Betriebsleiters der Glasfabrik in Bleistadt eine Versammlung ab, wo über wichtige taktische Fragen in Bezug auf die Lohnbewegung gesprochen werden soll. Der Herr Betriebsleiter stellte für die geheim durchzuführende Urabstimmung bereitwillig eine Urne zur Verfügung und

der revolutionäre Betriebsausschuß ist seinem kommunistisch eingestellten Vorsitzenden öffnet im Beisein des Herrn Betriebsleiters nach Beendigung der Abstimmung die verschlossenen Kuverts, um damit der Unternehmervertreter, gleich an Ort und Stelle feststellen kann, wie seine Arbeiter abstimmten haben.

Wenn die Kommunisten immer über Verträge schreiben, so kann wohl festgestellt werden, daß hier ein solcher an der Arbeiterschaft begangen worden ist, wie er nicht größer sein kann und es hat diese ganze Lohnbewegung gezeigt, wie es mit den Leuten von der Sektion der Fa. Fischmann in Wirklichkeit bestellt ist. Ob dies der richtige Weg ist zur Bekämpfung des Kapitals und zur Befreiung der Lebensgrundlage der Arbeiter, darüber soll die Öffentlichkeit urteilen. Den Glasarbeitern aber rufen wir zu, daß es höchste Zeit ist, diesen Leuten überall die Maske von ihrem Gesicht zu reißen, um zu erkennen, auf

welcher Seite die Helfer des Kapitals zu suchen sind. Es ist notwendig, daß diesen Leuten, welche die einheitliche Schlagkraft der Gewerkschaftsorganisationen zerstört haben und sich als Verbündete des Unternehmertums zeigen, der wohlverdiente Fußtritt zuteil wird.

Eingefendet.

Brüger Kohlenbergbau-Gesellschaft.

Am 23. d. M. fand in Brüx die 52. ordentliche Generalversammlung der Brüger Kohlenbergbau-Gesellschaft statt. Der Geschäftsbericht w. der Rechnungsschluß des Geschäftsjahres 1926 sowie der Antrag auf Verwendung des Reingewinnes wurden genehmigt.

Aus dem Reingewinn per K 8.589.835,94 gelangt die Dividende in der bereits bekannten Höhe von K 75.— pro Aktie ab 25. November d. J. zur Auszahlung. Der nach dem Gelehe vom 25. Feber 1926, Zg. Nr. 143, den Arbeitnehmern zuzufallende Anteil am Reingewinn beträgt K 750.000.

Weiters wurde die zum 1. Jänner 1927 aufgestellte Stabilisierungsbilanz genehmigt, die gegenüber der Schlußbilanz pro 1926 ein Aktienkapital von K 100.000.000.— und ein Stabilisierungsfonds-Rkonto von K 113.161.034,73 aufweist. Das Bergwerksbesitz-Rkonto ist in der Stabilisierungsbilanz mit K 175.000.000.—, das Anlage-Rkonto mit K 100.000.000.—, das Inventar-Rkonto und das Realitäten-Rkonto mit je K 20.000.000.— und das Grundbesitz-Rkonto mit K 10.000.000.— ausgewiesen. Die in der Stabilisierungsbilanz durchgeführte Neubewertung stützt sich auf eine Sachverständigen-Schätzung, die nach den Bewertungsrichtlinien des Gelehes über die Stabilisierungsbilanzen vorgenommen wurde; doch wurden von dieser Schätzung noch bedeutende Abstriche gemacht.

Das Aktienkapital ist nunmehr mit 100.000.000 K festgesetzt und es ist nicht beabsichtigt, von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit der Umwandlung des Stabilisierungsfonds im Aktienkapital auch nur teilweise Gebrauch zu machen.

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir unter anderem:

Infolge der bis in den Sommer hinein unbedeutenden Abnahmeverhältnisse mußte trotz zahlreicher Feierlichkeiten ein namhafter Teil der Förderung auf Depot gelegt werden, das dadurch einen Höchststand von ca. 125.000 Tonnen erreichte. Erst die mit 1. August erfolgte Aufhebung der Kohlensteuer für Exportkohle und des englischen Vergarbeitszolls brachten eine gewisse Belebung des Geschäftes, doch wurde die volle Ausnutzung der Konjunktur infolge Bevorzugung anderer inländischer Kohlen durch einen Wagenmangel schwer geschädigt, der erst im November durch gleichmäßige und gerechte Verteilung der vorhandenen Kohlenmengen auf sämtliche Bezirke der Republik beseitigt werden konnte.

Infolgedessen betrug die Gesamtförderung 2.086.020 Tonnen gegen 2.150.640 Tonnen im Jahre 1925.

Von wichtigeren Betriebsveränderungen im Jahre 1926 ist der Beginn der Arbeiten behufs Zusammenfassung der Kraftversorgung für einen Großteil der gesellschaftlichen Schächte durch Errichtung einer auf 6000 KW berechneten elektrischen Anlage auf den Alexander-Schächten zu berichten.

Die bereits im Vorjahre erfolgte Kooperation des Herrn Zentraldirektors Ing. Dr. Karl Waischel in den Verwaltungsrat wurde von der Generalversammlung bestätigt.

Nordböh. Kohlenwerks-Gesellschaft.

Unter dem Vorsitze des an Stelle des zu Anfang des heurigen Jahres verstorbenen Herrn Oberbergrates Gottfried Dittmann neugewählten Präsidenten des Verwaltungsrates, H. Zentraldirektors Ing. Dr. Karl Waischel, fand am 23. d. M. in Brüx die 37. ordentliche Generalversammlung der Nordböh. Kohlenwerks-Gesellschaft in Brüx statt.

Geschäftsbericht und Bilanz pro 1926 sowie der Antrag auf Verwendung des Reinertrages wurden genehmigt.

Die Bilanz weist für das Geschäftsjahr 1926 einen Reingewinn von K 5.767.914,25 aus, der sich durch den Gewinnvortrag aus dem Jahre 1925 per K 2.292.337,16 auf K 8.060.251,41 erhöht. Die Dividende wurde, wie bereits mitgeteilt, mit K 100.— festgesetzt und gelangt ab 25. November 1927 zur Auszahlung. Der nach dem Gelehe vom 25. Feber 1926, Zg. Nr. 143, den Arbeitnehmern zufallende Anteil am Reingewinn beträgt K 500.000.—

Die gleichfalls genehmigte Stabilisierungsbilanz zum 1. Jänner 1927 weist gegenüber der Schlußbilanz pro 1926 ein Aktienkapital von 80.000.000 K und einen Stabilisierungsfonds in der Höhe von K 154.569.545,39 auf. Das Bergwerksbesitzkonto ist in der Stabilisierungsbilanz mit K 210.000.000.—, das Schachtanlagenkonto mit K 70.000.000.—, das Wohngebäudekonto mit K 10.000.000.— und das Grundbesitz- und Inventarkonto mit je K 15.000.000.— ausgewiesen.

Vom dem Verwaltungsrat in der Generalversammlung erstatteten Berichtes wurden die gesellschaftlichen Vermögensobjekte zur Feststellung ihrer Werte zum 1. Jänner 1927 durch Sachverständige einer Schätzung im Sinne des Gelehes über die Stabilisierungsbilanzen unterzogen, doch wurden die Wertansätze dieser Schätzung bei Aufstellung der Stabilisierungsbilanz noch wesentlich herabgesetzt.

Das Aktienkapital ist nunmehr mit K 80.000.000.— festgesetzt und es ist nicht beabsichtigt, von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit der Umwandlung des Stabilisierungsfonds im Aktienkapital auch nur teilweise Gebrauch zu machen.

Der Geschäftsbericht erwähnt insbesondere, daß, da der Kohlenüberfluß während des 1. Semesters in einem gegen das Vorjahr noch verstärkten Maße auf den Markt drückte, in dieser Zeit mehrfach Feierlichkeiten eingeleitet werden mußten. Erst im August und September trat infolge Aufhebung der Kohlensteuer für Exportkohle und des englischen Vergarbeitszolls eine vorübergehende Besserung ein, doch mußte die Produktion infolge des nach Zeitdauer und Intensität beispiellosen Wagenmangels trotz dringendem In- und Auslandsbedarfe neuerlich eingeschränkt werden. Erst als nach wiederholten Bemühungen der Revierverwaltungen eine gleichmäßigere Aufteilung der Kohlenmengen auf die inländischen Stein- und Braunkohlereviere durchgeführt wurde, konnte in den Monaten November und Dezember während der Dauer einiger Wochen den durch den englischen Zolls veranlaßten Aufträgen entsprochen werden.

Zur Stärkung der gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit wurde auf dem Fortuna-Schachte mit dem Bau einer elektrischen Kraftzentrale begonnen, die bestimmt ist, den Kraftstrom zur gänzlichen Elektrifizierung aller gesellschaftlichen Werke zu liefern und hierdurch in den nächsten Jahren allmählich auf sämtliche Schächten den Dampftrieb ersetzbar zu machen. Die Karl-Grubenfelder wurden mit einem neuen Ventilationschachte ausgerüstet u. dem Humboldt-Schachte wurden zur Wiederherstellung seiner ehemaligen Förderfähigkeit angrenzende Teile des unaufersehbaren Grubenfeldes angeschlossen, in Vorbereitung genommen und mit Zeitbahnförderung ausgestattet.

Die gesellschaftliche Kohlenförderung im Jahre 1926 betrug 1.743.835 Tonnen gegen 1.907.080 Tonnen im Vorjahre.

Kunst und Wissen.

II. Balletabend Diaghileff. Das zweite Programm des Diaghileff-Ensembles enthielt an Neuem das Ballet „Les Matelots“ (Die Matrosen) von Aroino, Ruffin und Auric, und die Polowitskener Tänze. Das Matrosen-Ballet ist ein Schulbeispiel für den unaufersehbaren Verfall des alten Balletts. Aller Aufwand an Akrobatik und Technik (wiewohl die Diaghileff-Ensemble in beiden auch nicht mehr auf der Höhe sind, auf der sie ehemals standen und von der noch die Kunst der Karawina und der Pawlowa zeugt), alle Hingebungen der besten Ballettschule der Welt können nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier Ballett, nicht Theater, Unterhaltung, nicht Kunst geboten wird. Mit Epithetentänzen und noch so präzis herausgearbeiteten Figuren drückt man nichts aus und wenn nicht Programm und manchmal das Bühnenbild helfen, was hier getan werden soll, man wüßte es nicht, denn „Einmalst — Heimkehr — Prüfung — Versuchung“ — es ist alles ein und dasselbe, nur die Kostüme und die Gruppierung wechseln. In ihrem Element waren die Russen bei den Polowitskener Tänzen (Musik von Borodin, Choreographie Nijinska und Kollin) Der russische Spitz verliert, der Geist der Russen weicht die wahre, ungebundene Freude am Tanzen, an der künstlerischen Körperbewegung; keine süßlich verklärte Fabel wird gezeigt, wie Leben Tanz an sich, aus den Kräften des Nationaltanzes gezeugt, zu künstlerischem Ausdruck der Persönlichkeit geworden — Das zahlreich erschienene tschechische Publikum fand es für gut, die Tänzer mit stürmischen Applausen zu akklamieren. Was wäre wohl geschehen, wenn im Nationaltheater — nicht heute, Gott behüte, sondern in der Zeit der österreichischen „Fremdberrschaft“ — Heiratsverhandlungen wären? C. F.

Ensembleballetspiel des Burgtheaters am 20. und 30. November im Neuen Deutschen Theater. Ein die prominentesten Künstler des Wiener Burgtheaters umfassendes Ensemble von 15 Mitgliedern wird am 29. d. Galsworthys Komödie „Fenster“ und am 30. d. Schupplers Komödie „Miti“ sowie Wolnars „Veilchen“ zur Darstellung bringen. Dem Ensemble gehören an: Alma Seidler, Maria Mahen, Hedwig Bleibtreu, Gerda Dreger, Rosa Albach-Reich, Maria Rossina, Fred Jennings, Bill Thaller, Georg und Emmerich Reimer, Herrmann Bawro, Paul Pranger, Wolf Albach, Kartenbörberverkauf ab heute.

Mila W. Berson, die jugendliche Cellistin, b. opt in ihrem Konzert am 8. Dezember im Smetanasaal außer Haydns Konzert in C-dur, Vivaldis Sonate, sowie kleinere Kompositionen von Haendel, Popper, Boccherini, Paganini, Bellerfon usw. Karten bereits im Vorverkauf.

„Jonny spielt auf“ mit Hindernissen. Der Held der Oper Menckels „Jonny spielt auf“ ist bekanntlich ein Neger, der mit seiner Geige über alle Situationen triumphiert. Außer den Rivalen des Komponisten sind nur die Völkchen unzufrieden, da sie hinter der Oper eine Propaganda für die „Schwarze Schmach“ wittern und überhaupt nur nordische Edelmenschen als Spornhelden gelten lassen. In Kassel ist es nun zu Störungen gekommen. Die erste Aufführung verlief ruhig, bei der zweiten Aufführung aber kam es zu Zwischenfällen. Kein Pfeifen, kein Johlen, keine Stinkbomben, nein, man hat eine neue Methode gefunden, zu demonstrieren. Der D-Zug, der im letzten Akt den Bösewicht überführt, rührte sich im entscheidenden Moment nicht von der Stelle. Man hatte nämlich das Drahtseil, an dem er bewegt wird, durchschneiden. Da auch andere Regievorrichtungen konstatiert worden waren, begreift man, daß es sich um eine planmäßige Sabotage handelt. Der Intendant hat für den, der den Täter ermittelt, eine Belohnung ausgesetzt.

Sonntag Premiere „Der Hexer“, Kriminalkomödie von Edgar Wallace. In den Hauptrollen der Komität wirken mit: die Damen v. Braun-Fernwald und Olga und die Herren Fischer-Steinmann, Goh, Höfelin, Kunz, Reinhardt, Piel, Reinhardt, Zeit. (45-1) Anfang halb 8 Uhr.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (43-3): „Madonna am Wiesenzaun“. — Freitag (44-4): „Opuzie“. — Samstag (45-1), zum erstenmal: „Der Hexer“. — Sonntag nachmittags Arbeiter-Vorstellung: „Jarewitsch“; abends: „Die Liebeslustige“. — Montag (46-2): „La Boheme“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Lampenschirm“. — Freitag: „Dill-Poll“. — Samstag: „Dill-Poll“. — Sonntag, 3 Uhr: „Lampenschirm“; 7 1/2 Uhr: „Zwölf-tausend“. — Montag: „Lampenschirm“.

Große Theaterredoute „Winternachtsraum“ am 18. Jänner 1928 im Lucernsaale zugunsten der pensionierten Künstler des Deutschen Landesbühnen (Solisten Pension). 5140

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Rundmachung.

Die am 23. November 1927 abgehaltene 52. ordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Brüger Kohlenbergbau-Gesellschaft hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1926 eine Dividende von

K 75.— für die Aktie

zur Verteilung zu bringen.

Diese Dividende wird ab 25. November 1927 bei dem Bankhause Weissel & Co. in Prag, bei der Böhmisches Escompte-Bank und Credit-Anstalt in Prag, bei der Böhmisches Union-Bank in Prag, bei der Allg. österr. Boden-Credit-Anstalt in Wien und bei der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien zur Einlösung gelangen.

Brüx, am 23. November 1927. 5151

Brüger Kohlen-Bergbau-Gesellschaft.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)

Turnen und Sport.

Erwachen im Orient. Der in diesem Jahre in die VZB. aufgenommene junge Arbeiterportverband Palästinas hat seine Mitgliederzahl im ersten Halbjahr verdoppelt. Unermüdete Agitation bringt ihm ständig neue Mitglieder, ebenso der angeflorenen Pfadfindervereinigung. Die Arbeiterpresse und Gewerkschaftsorganisation und deren Arbeiterräte in den Städten und Dörfern unterstützen den jungen Spröß der jüdischen Arbeiterbewegung mit „Neu Mitteln“. Der täglich erscheinende hebräische Arbeiterzeitung „Davar“ bringt laufend Situationsberichte über die Arbeiterportverbände im Lande und die Nachrichten des Internationalen Sportpressendienstes der VZB. Mit Unterstützung der Arbeiterkassen wurde der Verband eine Arbeiterkameraderorganisation. Energie und Medikamente stellt die Arbeiterkassen. Der Lage der palästinschen Arbeiterbewegung entsprechend sind die Arbeiterportier zur Bildung eines Schugbundes übergegangen, der schon mehrere Male Gelegenheit hatte in Aktion zu treten. Der Arbeiterport wird in Palästina zur Stütze der Arbeiterbewegung, weil ihn deren Vertreter weitgehend fördern.

Marionettentheater als Erziehungsmittel. In der Tschechoslowakei werden in vielen Arbeiter-Turnvereinen der D.T.C. mit Erfolg Marionettentheater als gutes Erziehungsmittel der Arbeiterjugend verwendet. In der letzten Zeit nimmt die Zahl der Marionettentheater ständig zu, so daß der Erziehungsausschuß des tschechischen Arbeiter-Turnverbandes eine einheitliche Organisation zu diesem Zweck angebahnt hat. Der Verband wird mit seinen Marionettentheatern sich an der internationalen Marionettenausstellung, welche im Jahre 1928 in Prag stattfindet, beteiligen. T. B.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czajka. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: Otto Gollig Prag. Die Zeitungsmarktenantur wurde von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Erl. Nr. 127.151/VII/27 am 14. Mai 1927 bewilligt.

Bibliotheken für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad. Hühneraugen Hornhaut beseitigt in einigen Tagen nur VITEK'S „Anticornein“ Eine Flasche K 6.— Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Allein echt von Fr. Vitek & Co., Prag II. Vodickova 33.

Rundmachung.

Infolge Beschlusses der am 23. November 1927 abgehaltenen 37. ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Nordböh. Kohlenwerks-Gesellschaft in Brüx wird die Dividende für das Geschäftsjahr 1926 vom 25. November 1927 ab mit

K 100.— pro Aktie

bei dem Bankhause Weissel & Co. in Prag, bei der Böhmisches Escompte-Bank und Credit-Anstalt in Prag, bei der Böhmisches Union-Bank in Prag und bei der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe in Wien eingelöst werden. 5152

Brüx, am 23. November 1927.

Nordböh. Kohlenwerks-Gesellschaft in Brüx.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)

DIE ZENTRAL-KANZLEIEN DER FIRMA

BEFINDEN SICH VON HEUTE AN IN PRAHA II., BREDOVSKÁ 13 TELEPHON-NUMMERN UNVERÄNDERT (21458, 21459)

„SANA“

MARGARINE- UND NÄHRMITTEL-WERKE FRÜHER KARL WERFEL

PRAG — HLOUBETIN